

Die „Weltwacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 2/4, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich Mfr. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

# Wolkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1208.

Telephon Nr. 1208.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 82.

Freitag, den 7. April 1905.

16. Jahrgang.

## Arbeiterschutz und Zentrum.

„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und wenn nicht eine Menge sich vor ihnen fürchtete, würden die maßlosen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch nicht existieren.“ (Bismarck.)

Zu den „geistigen Waffen“, die von der „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ kimpfenden Zentrumspartei gegen die Sozialdemokratie geschwungen werden, gehört auch der Vorwurf, die Sozialdemokraten seien Gegner des gesetzlichen Arbeiterschutzes. Dieser impertinente Resuitenkneiff stützt sich auf die Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen die letzten Gesetzgebungsvorläufe auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung stimmte mit der ausdrücklichen Motivierung, daß die Gesetze den Rechten der Arbeiter nicht weit genug entgegenkämen. Von bürgerlicher Seite glaubte man eben mit jedem den Arbeitern hingeworfenen sozialpolitischen Brocken das Verlangen nach sozialer Gleichberechtigung befriedigt, die Unzufriedenheit gestillt, die soziale Frage gelöst zu haben. Daß man in den Reihen der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten wütet, weil diese nicht bereitwillig die Arbeiterbetörung mitmachen und das Bemühen der kapitalistischen Parteivertreter, ihr Gewissen zu reinigen, auf daß es sich im Glanze reiniger Arbeiterliebe zeigen konnte, nicht unterläßt, ist sehr begreiflich. Aber der ganzen Schamlosigkeit der Zentrumsdemagogie blieb es vorbehalten, die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegenüber einzelnen Teilen der Arbeiterversicherungsgesetzgebung als „Ausfluß höchster Arbeiterfeindschaft“ hinzustellen. — Scheuchel, dein Name ist — Zentrum! Das Zentrum stimmte am 24. Mai 1889 ebenfalls gegen das Invaliditätsgesetz. Die späteren Novellen zum Invaliditätsversicherungsgesetz und zu den Unfallversicherungsgesetzen wurden durch die Zustimmung der Sozialdemokraten Gesetz.

Nun noch eins! Seitdem das fortgesetzte Drängen der sozialdemokratischen Wählermassen die bürgerlichen Parteien zu einer Versicherungsgesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter veranlaßte, revidierte man auch gelegentlich die für die Arbeiter vorausgesehenen Summen den Arbeitern vorzurechnen, und zwar in der Weise, daß die Ausgaben von Jahren zusammen gerechnet werden; natürlich nur zu dem Zweck die Summen recht hoch erscheinen zu lassen, damit das häufig angewendete „wie segensreich“ usw. seine Wirkung nicht verfehlt.

Am die Verdächtigungen, die sich die Zentrumsherrn gegenüber unserer Partei herausnehmen, in das rechte Licht zu rücken, sehen wir uns veranlaßt, an folgendes zu erinnern: Die soziale Gesetzgebung, deren Urheberchaft sich das Zentrum anmaßt, ist das ureigenste Werk der sozialdemokratischen Partei. Im Jahre 1877 suchte der Zentrumsabgeordnete Galen mit einem Antrag unserem Parteigenossen Krizliche, der mit den anderen Fraktionsgenossen einen vollständigen Arbeiterschutzgesetzentwurf ausgearbeitet hatte, zuvorzukommen.

Unter anderen ganz allgemein gehaltenen sozialpolitischen Forderungen verlangte der Antrag Galen aber auch eine Revision der Freizügigkeit, also Knebelung der ländlichen Arbeiterschaft, und Vervollständigung einer eben von der Regierung abgeschlossenen Enquete. Das bedeutete eine, für die Regierung jedenfalls ganz angenehme, Verschleppung in der Verwirklichung der Arbeiterschutzpolitik. So sah die erste sozialpolitische Regierung des Zentrums aus! Der sozialdemokratische Abgeordnete von Schweiger bemühte sich aber schon 1887 im Norddeutschen Reichstag vergeblich, die zur Unterstützung eines Antrags — wenn er zur Verhandlung kommen sollte — erforderlichen 15 Unterschriften aus den Reihen der bürgerlichen Parteien zu erhalten. Seit dieser Zeit — also volle zehn Jahre früher als das Zentrum — waren die Sozialdemokraten in den Parlamenten fleißig an der Arbeit, die soziale Gesetzgebung auszubauen. Die Arbeit war ihnen nicht leicht gemacht, denn nachdem das Zentrum überhaupt erst einmal sich dazu bequem hatte, in Arbeiterfragen Stellung zu nehmen, mußten unsere Genossen auf der Hut sein, um die immer häufiger angewandten Winkelsüge und Verschleppungsmanöver der lauberen Zentrumsgesellschaft unschädlich zu machen. Diese jämmerliche Rolle hat das Zentrum immer gespielt, immer war es bereit, die schon winzigen Zugeständnisse in den Regierungsvorlagen noch weiter zu vermindern; für einen großen Teil Arbeiter in der Landwirtschaft und des Handwerks kimen die Versicherungsgeetze nicht in Anwendung, wenn die entsprechenden Anträge des Zentrums angenommen worden wären.

Wir führen die Arbeiterversicherungsgesetze auf ihren wahren Wert zurück. Und indem wir das tun, zeigen wir auch, in welchem Verhältnis das, was für den Arbeiter geschieht, steht zu dem, was den Kapitalisten in den Schoß geworfen wird! Damit ist nicht die „Wahrheit unterdrückt“, wenn wir feststellen, daß 1901 der Unternehmer an Versicherungsbeiträgen in der Industrie pro Kopf und Tag für den Arbeiter 4 Pfennig zahlt und in der Landwirtschaft die Summe nicht einen ganzen Pfennig ausmacht.

Wie sich die fromme Partei zu den Forderungen der Arbeiter hat, das haben die Glatscherungen im Breslauer Stadtparlament erst in diesen Tagen bewiesen. Nicht einmal für Abschaffung des 24stündigen Arbeitstages traten die Herren, Scheuchel und Konjorten ein.

## Politische Uebersicht.

**Vom echten Standesbewußtsein.** Kürzlich ging durch die Zeitungen die Nachricht über einen Doppel-Selbstmord eines Mannheimer Leutnants und einer Heidelberger Choristin. Unser Mannheimer Parteiblatt ist in der Lage über den weiteren Verlauf folgendes mitzuteilen:

Eine Liebestragödie hat sich vor einigen Tagen im Walde in der Nähe des Luftkurortes Schönberg, D. Amt Neuenburg, abgespielt. Leutnant Graf Bloem von Affebekke vom 110. Grenadier-Regiment in Mannheim war die mit seiner Geliebten, Choristin Gretchen Schwarz von Heidelberg daselbst erschossen auf-

gefunden. Bloem scheint zuerst seine Geliebte und dann sich selbst mit seinem am Talorte vorgefundnen Dienst-Revolver erschossen zu haben.

Das Ehepaar, das gemeinsam in den Tod ging, fand seine letzte Ruhestätte nicht, wie es deren letzter Wunsch war, in Heidelberg, sondern auf dem Friedhofe in Oberlengenhardt, Kreis Schönberg. Das Wort der heiligen Schrift, daß im Tode der Tote dem Könige gleich sei, hat sich hier nicht bewahrheitet, sondern es wurde von Seiten des Stiefvaters des Verlebten mit zweierlei Maß gemessen. Daß von den Verlebten gewünschte gemeinsame Grab war bereits hergestellt. In letzter Stunde nach Ankunft des Vaters, der als Major in einem preussischen Feldartillerie-Regiment in Diebesbrunn steht und zweier Brüder, die ebenfalls Offiziere sind, wurde die Auslieferung des Wunschgrabes der Verlebten verhindert, insofern als der Vater einen Ruheplatz für den Selbstmörder ankaufte und die Leiche seiner Geliebten allein in das, für sie gemeinsam bestimmte Grab gebettet wurde.

Die Leiche des Mannheimer Grafen wurde auf Anordnung seiner Angehörigen Mittags eingesargt und aus dem Sektionszimmer in ein separates Lokal transportiert, um so die Leichen aufeinander zu halten, wahrscheinlich, weil die Verlebte den Angehörigen des toten Grafen nach Offiziersbeurteilen nicht „ebenbürtig“ schien. Das Leichenbegängnis war auf den 31. März, 5 Uhr Nachmittags, festgesetzt. Zwischen den beiden Vätern wurden noch vor der Beerdigung Verhandlungen gepflogen, um den letzten Wunsch der Verstorbenen zu realisieren. Jedoch der Starke des Herrn Major ließ es nicht zu. Die Beerdigung des Mannheimer Mädchens fand unter zahlreicher Beteiligung und großer Teilnahme, namentlich der Mitglieder von Schönberg, statt, während die Offiziere, 5 an der Zahl, durch Abwesenheit absankten. Die ganze Szene, die der Beerdigung vorausging (am Rathaus in Oberlengenhardt, von wo aus die Beerdigung stattfand) war eine der ersten Sache unwürdige und hat den Unwillen aller Anwesenden aus allen Ständen erregt.

Um 6 Uhr fand die Beerdigung des Leutnants Bloem statt. An ihr beteiligten sich nur die Offiziere und einige Gemeindebeamten, während sich die Mittraagenden des auf so traurige Art ums Leben gekommenen Mädchens und das übrige Publikum fern hielten.

So verfolgte das Phantom der Standesherrn die Unglücklichen bis über das Grab hinaus. Wie ereiferten sich bürgerliche Pfaffen kürzlich über unsere Behauptung, daß die Bourgeoisie ihren Schiller verleugnet und daher nicht das Recht hat, ihn zu feiern. Hundert Jahre nach dem Tode des Dichters von „Kabale und Liebe“ spielt sich daselbst Drama ab und das Sprachrohr der Bourgeoisie, ihre Presse, behandelt es — man lese ihre Berichte über die Schönburger Liebestragödie — wie ein Kapitel aus einem Schauerroman.

**Es will nicht mehr vorwärts gehen** bei den Evangelischen „Arbeitervereinen“, die berufen sein sollten, der Sozialdemokratie den Vorans zu machen. In einer Zeit, wo der Gedanke der Solidarität immer tiefer in die Masse gedrungen, jährlich von vielen Tausenden nun erfasst worden ist, wo die Gewerkschaften und die politischen Organisationen der Arbeiter fast ausnahmslos gewachsen sind, mußte man auf der Landesversammlung der Evangelischen Arbeitervereine in Nie sa Kleinfeld mitteilen, daß die Mitgliederzahl vom April 1904 bis März 1905 nur sehr unwesentlich gestiegen sei. Der jetzt 13,453 Mitglieder zählende Verband ist nur um 75 gewachsen. Näher betrachtet, stellt sich das Ergebnis noch weit ungünstiger. In einer beträchtlichen Anzahl Vereine

## Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Wegeler.

72

(Nachdruck verboten.)

Der Winter kam und die Gesellschaften begannen. Frau Horstmann machte viel mit, aber sie hatte an dem ganzen Treiben die rechte Lust verloren. Es kam ihr dämmel vor, als ob das alles, was sie in dieser Saison sah und hörte, schon einmal dazwischen sei, und zwar besser, frischer und schöner. Die Gesichter, die Gespräche, die Toiletten der anderen Frauen, die Schmuckstücke, die man ihr zeigte, alles schien ihr langweilig und abgestanden ebenso wie die Reden, Souvenirs und Vater. Ihr Ehrgeiz war eingeschlafen. Es dünkte ihr so gleichgültig, ob Frau Dornwald oder sie nicht einzufliegen würde, ob sie oder ihre Rivalin oder irgend eine neu auftauchende Erscheinung die Hauptrolle auf dem Maskenfeste oder auf anderen Ballen spielte.

Sie fühlte sich abgesehen und unzufrieden zu allem. An manchen Wochen, wenn sie erwachte, blieb sie tags im Bett liegen und dachte: Wie bringe ich diesen Tag nur hin? Und dann begann sie an ihrer Unterlippe zu nagen und spann sich eigenmächtig in ihre Grübeleien ein. Noch über kam ihr Abends, im Augenblick, wo sie sich ins Bett legte, der Gedanke: Jetzt wird's schwarz, und ich kann nicht einschlafen! Sie starrte in die ruhige Kerzenflamme und wagte nicht, sie auszusprechen. Einer Ann unter ihren Kopf legend, starrte sie unbeweglich gegen die Decke, bei jedem kleinen Geräusch zusammenschrumpfend.

Sie konsultierte Doktor Kimmich, der ihr Rube, ein ganz regelmäßiges Leben und hohes Betätigen verordnete. Aber wie sollte Anna um zehn zu Bett gehen, wenn sie noch um zwei schlaflos lag? Sie zog einen anderen, jungen Frauenarzt zu Rat, von dem sie sich Morphium verschreiben ließ. Er nahm ihr das Versprechen ab, das Mittel nur im äußersten Notfall anzuwenden, indem er ihr die verderblichen Folgen auseinandersetzte. Sie versprach es ihm. Aber mit der Zeit gewöhnte sie sich so daran, daß sie alle möglichen Kräfte anzuwenden mußte, um sich die Medizin nur oft genug in der Apotheke erneuern zu lassen. An die Folgen dachte sie nicht, wollte sie nicht denken. Seitdem ihr Mann fort war, hatte sie verlernt, mit der Zukunft zu rechnen. Sie hatte sich an den Gedanken gewöhnt, daß ihr ganzes Glück gerade in dem gegenwärtigen Augenblick lag; was kommen würde, konnte nur dunkel und schrecklich sein. Die Sorge um das Wohl kommender Tage, die den Menschen dahin bringt, daß er sitzt, pflanzt, arbeitet, schafft, die für ihn der notwendige Seelenballast ist, daß er sich nicht gänzlich verliert, war ihrem Leben abhanden gekommen. Deshalb war sie von dieser eigentümlichen Ursache befallen, von diesem haltlosen Schwanken aus übermühtiger Ausgelassenheit zu verunsichernden Trübungen. Deshalb trieb sie Handbau mit ihrem Leben, mit ihrer Gesundheit, mit ihrem Vermögen, mit allem.

Es war ein seltsames Leben der drei Frauen in diesem großen, luxuriösen Hause, worin die Dienerschaft machen konnte, was sie wollte. Alle drei gingen ihren eigenen Weg und lebten friedlich nebeneinander her. Man schied sich nicht einmal die Mahlzeiten miteinander ein. Frau Dornwald hatte sich dauernd in Horstmanns Zimmer einquartiert und trieb dort ihre dunklen Geschäfte. Sie führte noch das Oberregiment im Hause, aber ganz den Blick auf das Große richtend, auf ihre Spekulationen, bei denen Tausende auf dem Spiel standen, hatte sie den Sinn für die Kleinigkeiten des Haushalts verloren. Es herrschte eine heillose Unordnung. Eine Unmenge Rechnungen waren noch zu bezahlen, und manchmal fehlte es an dem notwendigen Geld für die täglichen Ausgaben. Dehnte sich sich seltener als früher sehen. Wenn er kam, ludwerke er neugierig im Hause herum. Schmaute die Dienstmädchen, machte einen furchtsamen Vorn wegen einer Kleinigkeit, indem er auf dies Weiberequiment schimpfte, auf diese Vorkerkerschaft, wo alles drunter und drüber ging. In der letzten Zeit rief er auch öfter seine Schwiegermutter und seine Schwiegerin zu einer Beratung zusammen, weil ihm vom Gerücht aus Schwierigkeiten wegen seiner Vermögensverwaltung gemacht wurden. Dann rechnete er im Schweiß seines Angesichts und konnte doch nicht angeben, auf welche Weise diese und jene Posten verschwinden waren. Alice sah mit ihrem ironischen Lächeln dabei und sagte:

„Du verstellst eben nichts von Geschäften, mein Lieber!“  
Die einzige, die dann Rat wußte, war Frau Neglerstrat. Sie nahm die ganzen Papiere mit auf ihr Zimmer und richtete bei aller scheinbaren Klarheit eine solche Konfusion an, daß auch der Richter nicht mehr hing darans werden konnte. Da in dieser Zeit die Vormundschafssachen von steuerverweigernden Affektoren geführt wurden, die sich alle Vierteljahre abwechselten, so schaute sich jeder der Sache tiefer auf den Grund zu gehen, in der Hoffnung, daß der Nachfolger wohl mehr Klarheit in die Angelegenheit bringen würde. Aber Dehnte, der noch nicht die Kaltblütigkeit seiner Schwiegermutter hatte, wurde oft angst und bange vor deren Nachschaffen. Wiederholt kam es zu heftigen Szenen zwischen den beiden. Nur in einem Punkt waren sie untereinander einig. Wenn Frau Horstmann Geld verlangte von ihrer Mutter oder von ihrem Schwager, so fielen sie gemeinsam über sie her und redeten von Sparsamkeit. Anna klammerte sich nicht um das Geschwäg, sondern ließ einfach die Dinge auf Rechnung legen.

Die ganze Zeit über hatte sie versucht, sich wieder ihrer Tochter zu nähern, und wenigstens war seit Totes Rückkehr ein äußerliches Einvernehmen hergestellt. Das junge Mädchen begleitete ihre Mutter auf den Spaziergängen und las ihr Abends manchmal vor. Aber in Gegenwart der Mutter fühlte sie sich nicht immer geblickt. Ihre besten Stunden waren, wenn sie allein auf ihrem Zimmer saß, oder wenn sie zu Fräulein auf's Atelier ging. Dort hatte sie ein paar Malerinnen kennen gelernt, hübsche Mädchen, die das junge, hübsche

dem Nest entfallene Geschöpf unter ihre Fittiche nahmen und be-mutterten.

Volte hatte sich noch immer nicht ganz damit abgefunden, daß sie in dem Hause geblieben war. Aber ihre ganze Jugend, ihre Lebensrichtung häuften sich dagegen auf, sich wieder in die Kreisläufe ihrer Großmutter zu begeben. Und mit der Zeit wurden die nahesten Gemütskräfte abgestumpft. Sie verließ ihrer Mutter nicht; dies Verhältnis widerstrebt ihrem Gefühl. Aber ihr Verstand, vielleicht auch ihre Nachsichtigkeit, hatte allerdand Mitbewusstsein erlangt. Ihr Vater war allseits bekannt, er war tot, wenigstens so gut wie tot, und ihre Mutter konnte sich als Witwe rühnen. So lange er im Hause gewesen war, hatte Volte nie etwas Ansehnliches bemerkt. Das Verhältnis mit Gollender hatte erst begonnen, als er in die Anstalt gekommen war. Auf diese Weise fand sie sich ab. Aber die Sorge um ihren Vater blieb doch immer wach. Von Zeit zu Zeit ergriff sie eine wahre Angst um sein Schicksal, sie nahm sich vor, hinzutreten und sich persönlich von seinem Wohlergehen zu überzeugen. Aber sie kam nie dazu, ihren Entschluß auszuführen. Sie begnügte sich, bei jedem Brief, der aus der Anstalt kam, ihre Mutter nach seinem Befinden zu fragen. Diese gab stets die üblichen Antworten. Es ging nicht besser, nicht schlechter. Er lebe zufrieden in München und hatte das Interesse für die Außenwelt verloren. Die Folgen ihres Besuchs hatte Anna ihrer Tochter verschwiegen. Sie hatte ihr um gleichgültige Dinge erzählt, die perianet waren, das junge Mädchen zu beruhigen.

Eines Nachmittags im Januar lebte Anna von einem kurzen Spaziergang zurück. Es war ein unlagbar trauriger Tag gewesen, ohne Sonne, frostig und doch nicht winterkalt. Als sie nach Hause ging, häuften der Abendwind den dunklen Wasserpiegel der Landschaft, ein paar spärliche Schneeflocken schwebten verloren in der Luft, alles war grau und stumpf — ein wahres Grab der Fröhllichkeit.

In Haus traf Anna Bert an. Eine Zigarette rauchend, ging er im Zimmer auf und ab. Er hatte ein gutes Dinner mitgemacht und verschaffte sich jetzt Bewegung. Nachdem sie unter dem Teelöffel die Spirituslampe entzündet hatte, räumte sie den Sessel an den Ofen und blickte in die langgestrichelten Glutaugen.

„Also was gibts neues?“ fragte Bert.

„Ich habe bessere Nachrichten bekommen.“

„Wie?“

„Nun, es geht ihm besser. Er ist aufgefunden und war auch schon einige Stunden im Freien.“

Bert sah sie trübend an und murmelte: „Das nennt Du bessere Nachrichten? Glaub mir, für ihn wäre für und wäre es besser gewesen, wenn die Geschichte anders verlaufen wäre.“

Einen Augenblick schwebte sie.

(Fortsetzung folgt.)

ist die Mitgliedschaft nicht zurückgegangen. Den Verlust hat man nur ausgleichen können, indem man in kleineren, entlegenen Städten, wo die Sozialdemokratie noch nicht recht Boden gefaßt hat, die Werbetrömmel rührte und unter Anpreisung der Sparkasten und anderer Einrichtungen der evangelischen Vereine — das Wort Arbeiter lassen wir der Nichtigkeit wegen lieber ganz weg — eine Anzahl Mitglieder einführte. Das ist ein klägliches Ergebnis, das so recht dazu geschaffen, Ernüchterung, ja Regenjammer, zu erzeugen.

Auch mit den Finanzen hapert es. Der Kassenbestand beläuft sich noch nicht auf 3000 Mk. Und das, obwohl die Mitglieder des Verbandes zum Teil recht wohlhabende Leute und alles andere eher als Arbeiter sind. Man will den Finanzen dadurch aufhelfen, daß man Agitationsmarken einführt. Hier haben die Sozialdemokraten wieder einmal den bösen Sozialdemokraten etwas abgequodt. Es genügt aber nicht, daß man uns Neuzugeworbenen nachmacht; wo der richtige Geist, wo die Ursprünglichkeit fehlt, wo alles nur künstlich aufgepöppelt ist, da ist alles vergeblich.

Das Mißtrauen der Evangelischen tritt scharf hervor, wenn man es mit dem letzten Geschäftsberichte des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei Sachsen und den Fortschritten der modernen Gewerkschaften vergleicht. Hier überall Leben und Fortschritt, dort Stagnation und Niedergang. Immer mehr dehnen sich die Organisationen der ausgebeuteten Arbeiter aus; sie gleichen pausbäckigen, kräftigen Jünglingen, denen die Kleider zu eng werden, die Evangelischen aber und ihre Organisationen machen trotz ihrer Jugend einen greisenhaften Eindruck. Sie schrumpfen zusammen und sind aufcheinend im dem Stadium angelangt, wo es langsam oder auch schnell zu Ende geht.

### Die Verstümmelung der Verfassungsnovelle in der Kommission des Dreiklassenhauses entlockt dem „Vorwärts“ folgende bittere Kritik:

Nicht so! Woju das Vertuschen und Verbediteln!

Die überaus kluge Regierung gedachte den Arbeitern mit dem Spielzug der von vornherein zur Ohnmacht verdamnten Arbeiterausfälle weis zu machen, daß sie doch noch etwas von ihr, der Unternehmerregierung, zu erhoffen hätten. Die Junker und die Grundbesitzer aber lassen sich auf diesen sozialen Schwandel nicht ein. Was die Grundbesitzer außerhalb des Parlaments schon ausgesprochen und worauf sie gehandelt haben, danach handeln sie auch in dem Parlament, das ihnen durch das Klassenwahlrecht ausgeliefert ist. Der Arbeiter soll Sklave sein, so lange er sich die politische Herrschaft der Unternehmer gefallen läßt. Und er wird es sein! Nichts da von Gleichberechtigung, nichts da von sozialer Frieden! Einer nur kann Herr sein! Und der Unternehmer ist der Herr! Der Herr im Betriebe und der Herr im Staate, der Herr in der Gesetzgebung. Und er nützt seine Herrschaft, wie nur irgend ein brutaler Sklavenhalter. Das sollen die Arbeiter endlich einsehen lernen. Den sozialdemokratischen Klassenbewußten Arbeitern ist es ja längst bekannt. Sie setzen keine Hoffnungen auf den guten Willen der Kapitalistenregierung und des Kapitalistenparlamentes. Aber die Millionen Arbeiter, die noch am Fingerringe sozialer „Friedens“-Parteien trotzen, sie mühen sich noch durch immer neue Taten der kapitalistischen Brutalität belehrt werden, daß es kein Heil für sie gibt außer im rücksichtslosen Kampfe, dessen Ziel nur sein kann die Niederwerfung der politischen Herrschaft des Unternehmertums. Keine Harmonie mit dem Unternehmertum, kein Vertrauen zu den Regierung und dem Parlament des Unternehmertums, kein Vertrauen zu denen, die den Arbeitern Friedensschmeichelein blasen, von Harmonie der Klassen erzählen und die Arbeiter verhöhnen möchten an der selbständigen Wahrnehmung ihrer Interessen!

Inzwischen fährt die Kommission in ihrer Tätigkeit fort. Am Dienstag meryte sie die Arbeiterausschüsse oder wenigstens deren obligatorische Einführung aus, am Mittwoch entfernte sie den sanitären Maximal-Arbeitstag. Es wird berichtet:

Die Kommission zur Vorberatung der Verarbeiterschutznovelle hat am Mittwoch die erste Lesung beendet. Gelesen wurde in der Kommission § 93b, der bei einer Temperatur von mehr als 22 Grad Celsius die regelmäßige tägliche Arbeitszeit vom 1. Oktober ab auf höchstens 8 1/2, vom 1. Oktober 1905 ab auf höchstens 8 Stunden festsetzt — und außerdem bestimmt, daß als Arbeitszeit die Zeit von Beginn der Schicht bis zu ihrem Wiederbeginn gilt und dafür der Antrag Friedbergs, nach welchem ein Maximal-Arbeitstag überhaupt nicht festgelegt und nur die Schicht auf höchstens dreiviertel Stunden fixiert wird, angenommen. Anstelle des § 93c, der für die Steinbrüchlergewerke bei einer Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius die Arbeitszeit auf höchstens 6 Stunden täglich festsetzt, wurde der Antrag des Herrn von Bismarck angenommen, wonach allgemein in Bergwerken, nicht nur in Steinbrüchlergewerken, bei einer Temperatur von 28 Grad Celsius die Arbeitszeit die Dauer von 6 Stunden nicht überschreiten darf.

Der nationalliberale Antrag auf Einsetzung eines Verordnungsorgans behufs Anordnung sanitärer Schutzmaßregeln wurde ebenfalls abgelehnt. § 93f, welcher bestimmt, daß in den Arbeitsordnungen die Verpflichtung zum Verlassen gewisser Ueberdächten vorgegeben werden kann, wurde gestrichen, ein nationalliberaler Antrag auf Einführung des Verwaltungsstreitverfahrens im Bergrecht angenommen. Die Strafbestimmungen der Vorlage mit den aus dem vorübergehenden Beschluß sich ergebenden Änderungen wurden angenommen.

Nunmehr erörtert die Bergnovelle für die Arbeiter überhaupt nicht mehr. Aber die Regierung, die den Bergleuten ihr Wort gegeben, hat sich jetzt zu entscheiden. Wird sie das Gesetz nunmehr dem Reichstage vorlegen? Wenn sie es nicht tut, dann schafft sie lachende Erben!

Der Herr Regierungspräsident hat es verfügt. . . Ende vorigen Jahres wütete auf der Kurischen Nehrung in Ostpreußen eine Hungersnot. Die Fischereierträge waren immer mehr zurückgegangen, so daß schließlich die Fischer in schwere Notlagen gerieten. Ganz besonders schlimm sah es im Fischerdorf Ribben aus. Hier riefen die Leute nach Brot, telegraphierten an den Kaiser, wandten sich an die Regierung, aber niemand half den Leuten. Im Abgeordnetenhaus erklärte seiner Zeit die Regierung, daß sie die Wünsche der Fischer wohlwollend berücksichtigen werde. Aber damit habe es auch sein Bewenden. Um nicht zu verhungern, mußten die Fischer mit

verbotenen Netzen fischen. Aber die Fischerei-Aufsichtsbeamten waren auf dem Posten. Es regnete Geldstrafen, und oben drein wurden die Netze beschlagnahmt. Das erregte immer mehr Erbitterung, und hier und da kam es zu Zusammenstößen. Die Fischer widersetzten sich den Beamten. Natürlich nützte das nichts, sondern sie wurden noch dafür bestraft. Aber all das genügt der Regierung noch nicht. Der Regierungspräsident hat angeordnet, daß diejenigen Fischer, die sich widersetzt haben, zur Fischerei nicht mehr zugelassen werden sollen. Das klingt unwahrscheinlich, aber es ist so. Ein Fischer, der im vergangenen Herbst etwa 80 Mk. Strafe bezahlte und sich bei der Fortnahme der Netze auch widersetzt hat, erhielt keine Fischerei. Dafür sandte ihm der Amtsvorsteher folgendes Schreiben:

„Auf Ihre Eingabe, die Sie am 26. Februar an Herrn Geheimrat gerichtet in Betreff Ihrer weiteren Zulassung zur fischlichen Fischerei bin ich von Herrn Geheimrat beauftragt, Sie folgendes mitzuteilen: Nach dem Mundstücken des Herrn Oberfischmeisters in Memel vom 3. März d. J. sind Sie vielfach wegen Fischereivergehen vorbestraft. Außerdem haben Sie gegen Fischereiaufsichtsbeamte Widerstand geleistet. Der Herr Regierungspräsident hat ausdrücklich verfügt, daß Fischereiführer, welche sich einem Fischereibeamten widersetzen haben, von der Konfiskation der Fischerei ausgeschlossen sind. Fernach ist der Herr Geheimrat nicht in der Lage, weiters für Sie in Betreff Ihrer Fischereizulassung zu tun.“

So sieht die „wohlwollende Berücksichtigung der Wünsche“ aus. Die Fischer, die einem schweren und gefährlichen Beruf nachgehen und tagtäglich dabei dem Tode ins Auge schauen, müssen verhungern, wenn sie vor Hunger und in Erregung sich widersetzen. So will es die preussische Regierung. Wenn diese Maßregel nicht so hart für die Fischer wäre, so würden wir ihr überaus dankbar sein, denn sie jagt uns die Fischer in hellen Scharen in die Arme. Immer mehr sehen sie ein, daß es nur die Sozialdemokratie ist, die sich ihrer annimmt und bei der nächsten Wahl werden sie mit diesem System abrechnen.

### Bei einem Duell, das am Dienstag in Berlin ein Opfer gefordert hat, tritt der Duellunfug wieder einmal kraß hervor.

Nach den über das Duell vorliegenden Berichten hat ein 24-jähriger russischer Ingenieur Franz v. Kobilinski aus Warschau, der in der Warschauer Maschinenfabrik tätig war, den 25-jährigen Farmer Emil Jippitt aus Rostock, der der Verfassung der Reichswehr angehört, über die Entscheidung der russischen Konsulatsbeamten in Rostock, die Jippitt betriebe bis zum Ausbruch des Herero-Aufstandes eine Farm bei Grootfontein. Im Mai 1904 kehrte er nach Deutschland zurück. Vor kurzem besuchte er eine Weinprobe in der Leipzigerstraße in Berlin. Dort glaubte der am Abend stehende Ingenieur v. Kobilinski, daß er durch Jippitt spioniert werde. Darauf erwiderte der Ingenieur dem Farmer Jippitt, auf den Korridor herauszukommen zu einer Aussprache. Dies verweigerte dem J. mit einer brüskierten Bemerkung über „unartiges Spionieren“ einen Rippenstoß. Jippitt ließ den Ingenieur auf Pistolen ordern und wurde darauf am Dienstag in der Leipzigerstraße durch einen Schuß in den Leib tödlich verletzt, so daß er am Abend verstarb.

Bei dem traurigen Vorfall ist nur das eine erfreulich, daß auch in den Kolonien die höhere deutsche Ehre nicht flöten geht.

### Die Kurnen in Kamerun. Die Budgetkommission des Reichstages beriet die Nachtragsetats für Kamerun und Südwestafrika.

Auf Antragen der Abg. Erbacher und Müller-Sagan erklärte der Kolonial-Direktor Stübel, die Vorlage betreffend den Bau der Kamerunbahn komme vielleicht noch vor, jedenfalls aber unmittelbar nach den Diskussionen an das Land. Der Gouverneur wolle in seinen schriftlichen Berichten darauf hin, daß in verschiedenen Teilen von Kamerun Anzeichen von Unruhen aufträten. Mit dem sieben dortigen Kompanien könne der Gouverneur nicht für die Aufrechterhaltung der Ordnung garantieren. Es handle sich um den Schutz der deutschen Handelsstationen, die immer mehr in das Hinterland eindringen. Mit Ingeheim kann Kompanien hofft der Gouverneur auszuweichen.

Was die Regierung anfangs bestritt, muß jetzt zugegeben werden. Die enormen Kosten, die der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika dem Reiche verursacht, läßt es dem Oberrechnungshof in Potsdam wünschenswert erscheinen, zwei ihrer Beamten Ende April nach Afrika zu entsenden. — Rostek wieder Geld!

Stinnes in der Zwischwühle. Der Grubenkönig im Ruhrgebiet möchte sein voriges Wort: „Ich kann mit meinem Eigentum machen, was ich will!“ gern ablegen. Er hat jedoch einen gewichtigen Bengen gegen sich. In der Kommission des Abgeordnetenhauses für die Verfassungsnovelle brachte am Freitag ein Mitglied zur Kenntnis, Herr Stinnes habe ihm schriftlich mitgeteilt, daß er eine Klage gegen den Inhalt, er könne auf seinem Eigentum machen, was er wolle, nie getan habe. Oberbergbauhauptmann von Belsen erwiderte, Herr Stinnes müsse sein Gebächtnis ändern, er habe diese Klage schon tatächlich getan, allerdings nicht in emphatischer und programmatischer Weise, aber er, der Bergbauhauptmann, habe sie für so charakteristisch gehalten, daß er sie bei seinem Bericht dem Minister und später in der Kommission bei der Beratung des Antrags v. Savigny mitgeteilt habe. — Wird Herr Stinnes sich nun wieder des Wortes erinnern?

Deutsch-Südwestafrika. Ein Telegramm aus Winduk meldet: Am 26. März im Gesicht bei Groß-Heiß gefallen. Leutnant der Reserve Eisner; Reiter Karl Schimmel. — Am 26. März bei Krangpösch, nördlich von Gibeon, gefallen: Gefreiter Gustav Herrmann, geb. 20. März 1881 zu Rohn, früher 56. Feldart.-Regt. (Inf.); Reiter Max Andersfeld, geb. 18. Juli 1878 zu Pölschitz, früher 21. Feldart.-Regt. (Reit.).

Ein Konflikt in der Zentrumspartei. Die die „Reinlichkeitsbewegung“ mittel, hat die Parteileitung der Zentrumspartei seiner Zeit der „Neuen Völkischen Bewegung“, dem Organ des Reichstagsabgeordneten Fuhsangel, den Charakter eines Zentrumshattes abgeprochen. Eine von 1200 katholischen Männern besetzte Völkische Bewegung nahm vorgerufen Stellung zu diesem Beschlusse und nahm einstimmig eine Resolution an den Parteivorstand in Berlin an, die diesen erwidert, die im Völkischen Blatt zwischen dem Parteivorstand und einem Teile der Parteigenossen eingetretene Spannung möglichst bald zu beseitigen.

### Ausland.

Eine entsetzliche Militärverhöhnung in Paris. Dem „Temps“ zufolge ist durch Mord und noch in der Nacht zu Mittwochnachmittag in Paris eine militärische Verhöhnung angeordnet worden, ähnlich derjenigen, die General Males 1819 zum Sturze des Kaiserreichs angezettelt hatte. In der Wohnung des benannten Generals Hauptmanns Lamourin wurden 500 Infanterieuniformen beschlagnahmt. Lamourin wurde verhaftet. Er sagte aus, die Uniformen seien bei einem Trübler gekauft, um einem Verwalteroffizier, dem Uniformstücke aus seinem Magazin verschwinden zu lassen, zu Hilfe zu kommen. Lamourin Schmeichler, ein ehemaliger Unteroffizier Brinat, wurde gleichfalls verhaftet. Im Bazar-Bureau, in dem alleinstehenden Hause eines angeblichen Lumpenhändlers Meyer wurden 8000 Gewehrpatronen beschlagnahmt. Meyer wird ebenfalls verhaftet. — Es wird wohl nicht viel dahinter stehen.

Sozialistische Interpellation über die Beziehungen zu Deutschland. Die sozialistische Gruppe der französischen Kammer beauftragte Laurès und Pressensac, bei der Regierung eine Interpellation über die Lage in Marokko und über die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland einzubringen.

Im Namen der sozialistischen-revolutionären Gruppe schlossen sich die Deputierten Sembart und Bailliant der Interpellation der sozialistischen Deputierten Laurès und Pressensac an. Die Abgeordneten werden in der Sitzung am Freitag verlangen, daß die Interpellation sofort nach der Debatte über Mißbräuche in den öffentlichen Anstalten zur Verhandlung gelange.

Politischer Zustand in Spanien. Aus Ungarn berichten böhmerische Mütter: Tausende von Gewerkschaften angehörende Fabrikarbeiter der Stadt Letten arbeiten die Arbeit nieder, weil der Gewerkschaften der Sozialdemokratie Druck auszuüben hat, welcher den Arbeiter in dem Amtsfeld behindert. Die Arbeiter sind nicht mehr in der Lage, in das Streiklager. Die Mütter werden nicht geliebt.

Verhaftung des Mordeans in Spanien. In Andalusien und Grenadara herrscht, so meldet der Telegraph über ein ägyptisches Dampfschiff. Es sind 35 Grad im Schatten. Die Saat ist verrotten. Das Vieh stirbt vor Hunger. Der Preis für Getreide steigt rapid, dasselbe gilt von den Preisen in Madrid.

Ein schwedisches Buchhandlungs. Die Regierung in Stockholm brachte im Reichstag einen Gesetzentwurf ein, der die Festsetzung der Strafbestimmungen für gesellschaftliche Verhältnisse in den verschiedenen Staaten der Sozialdemokratie betrifft. Die Fassung und mehrere andere wurden von der Annahme des Entwurfs, der einer Kommission überwiesen wurde. — Das Gesetz soll sich offenbar gegen die Wiederholung des Generalkrieges wenden.

### Lokales und Provinziales.

Breslau, den 5. April.

\* Das neue Feuerwehrdepot. Unter den Magistratsvorlägen, die der Stadtverordnetenversammlung vorgegangen sind, befindet sich ein Antrag, der Auskunft gibt über die Art der befallenen Verwendung des früheren Weberbauerischen Grundstückes, in dem sich früher das Post-Pakelamt befand und das von der Stadt angekauft worden ist zum Zwecke der Vergrößerung des Hallenschwimmbades und zum Neubau eines Zentral-Feuerwehrdepots. Aus der Vorlage erfahren wir, daß das erworbene Grundstück in drei Teile geteilt werden soll. Das Grundstück bildet etwa ein Quadrat von 55 Meter Seitenlänge und soll in drei Rechtecke so geteilt werden, daß von der Front der Zwingerstraße 20 bis 21 Meter samt dem Hinterlande zur Vergrößerung des Hallenschwimmbades benutzt, weitere 8 bis 9 Meter nebst Hinterland zu einer neuen Straße verwendet und nur der Rest von rund 25 Meter Frontlänge und der Tiefe von 55 Meter, also 1375 Quadratmeter — das ist noch nicht die Hälfte des Grundstückes — für die Vergrößerung des Feuerwehrgrundstückes bereit gestellt werden sollen. Von der Wehnergasse, die gegenwärtig das Feuerwehrgrundstück von dem früher Weberbauerischen Grundstück trennt, ist in der Vorlage nichts enthalten. In der Ankaufsvorlage war dagegen gesagt, daß die Wehnergasse unbeschadet des Umstandes, daß das Haus an der Ecke der Wehner- und Kleinen Groschengasse wegen zu hoher Preisforderung im Privatbesitz verblieben ist, verlegt oder überbaut werden könne. Die neue Straße, die in der letzten Vorlage erwähnt wird, soll jedenfalls als Ersatz für die einzuziehende Wehnergasse dienen. Mit dem Terrain der Wehnergasse werden 440 Quadratmeter für die Vergrößerung der Feuerwehr gewonnen und, was die Hauptsache ist, die Feuerwehr erhält damit einen zusammenhängenden Komplex von über 7000 Quadratmeter, so daß ein einheitlicher großzügiger Bau errichtet werden kann, der also zwischen Weidenstraße und der neu anzulegenden Straße zu liegen käme. Die Bedeutung der Wehnergasse war für den Verkehr stets äußerst gering, weil sie weder nach Norden noch nach Süden eine Fortsetzung hat. Die breitere Weidenstraße kommt für den Verkehr in dieser Richtung allein in Betracht. Eine Besserung der Verkehrsverhältnisse jener Gegend könne durch Schaffung einer durchgehenden Straße in der Verlängerung der Großen Groschengasse durch den Stehdich für nach dem Zwingerplatz geschaffen werden.

\* Eine Schabernackaktion gegen einen Bahnbeamten ist durch den Konflikt der Eisenbahndirektion zu Posen inhibiert worden. Es wird uns darüber geschrieben: Die Witwe Pientka zu Dopiewitz (Kreis Posen-West) hatte gegen den Bahnassistenten Mittelstädt einen Zivilprozeß angestrengt. Sie verlangte die Gewährung einer Rente, weil ihr Mann an Verletzungen verstorben sei, die er auf der Haltestelle Dombrowa, der Eisenbahnstrecke Posen—Berlin erlitt. Die Schuld an diesen Verletzungen trage Mittelstädt, der damals der Station Dombrowa vorstand. Der Tatbestand ist kurz folgender: Pientka besaß die Strecke in einem Wagen IV. Klasse. Als der Zug die Station Dombrowa wieder verlassen wollte und sich schon in Bewegung befand, versuchte P. noch auszuspringen. Mittelstädt verhinderte das. Dabei stürzte aber P. hin und rutschte mit dem Oberkörper von der Plattform auf den Steig. Seine Verletzungen waren derart schwer, daß er daran zu Grunde ging. Vor der Entscheidung des Zivilprozesses gegen den Bahnbeamten erhob die Eisenbahndirektion Posen an dessen Gunsten den Konflikt, indem sie geltend machte, Mittelstädt habe sich lediglich im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten. Das Ober-Verwaltungsgericht beschloß sich am 4. April zum zweiten Male mit der Sache, nachdem es inzwischen Beweis erhoben hatte. Das Gericht nahm an, daß ein Verstoß des Mittelstädt, worin man eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse erblicken könnte, nicht erwiesen sei. Da er nun in Ausübung seiner Amtsbefugnisse handelte, indem er das Absteigen vom fahrenden Zuge zu verhindern trachtete, so erklärte das Gericht den Konflikt der Eisenbahndirektion Posen für begründet und entschied, daß der Zivilprozeß zwischen Frau P. und dem Bahn-

assistenten u. endlich ein zu stellen sei. — Hoffentlich wird nunmehr der Eisenbahnstaus etwas für die arme Frau tun.

\* Der Lohnkampf der Installateure. Die Verhandlungen mit der freien Innung für das Installateur-, Brunnen- und Pumpenbauer-Handwerk haben zum Abschluss eines neuen Lohn- und Arbeitstarifs geführt. In der gestrigen, sehr zahlreich besuchten Versammlung der Monteur- und Helfer wurde der Tarif zur Annahme vorgelegt.

Gauleiter Schlegel machte hierzu die notwendigen Erklärungen. Alle die Wünsche, die seitens der Arbeiter in der Versammlung am Freitag zu erkennen gegeben, sind von der Innung erfüllt worden, nicht nur der, dass der Tarif auf die Dauer eines Jahres festgelegt werden sollte. Die Innung bestand anfänglich auf zwei Jahre. Ferner ist im Tarif seitens der Innung ein Passus eingeschoben worden, der von der Haftung der Monteur für das übernommene Werkzeuge spricht. Der Monteur haftet für das Werkzeug und ist jede Firma berechtigt, für das demselben übergebene Werkzeug eine Kaution in Höhe von 20-40 Mk. zu verlangen, bzw. muss er wöchentliche Abzahlungen von seinem Lohne von 1 Mk. bis zur Erreichung des vereinbarten Kautionsbetrages leisten. Die in der Freitag-Versammlung angestellte Forderung, dass jeder tatsächlich selbstständig arbeitende Monteur beziehungsweise Rohrleger, welcher nach Zeichnung korrekt arbeitet, einen Mindestlohn von 44 Pf. und alle diejenigen Monteur, welchen im letzten Vierteljahr keine Zulage gewährt worden ist, eine Zulage von 3 Pf. vom Tage an, an welchem der Tarif in Kraft tritt, zu erhalten haben, ist von der Innung genehmigt worden. Die Berechnung des Lohnes kommt in Betracht. Sollten aber Monteur im letzten Vierteljahr nur eine Zulage von 1 oder 2 Pf. erhalten haben, so ist selbige auf 3 Pf. zu ergänzen. Die Grenze für die Zulage bildet der Stundenlohn von 50 Pf. Wer diesen Lohnsatz erreicht, erhält keine Zulage bzw. bleibt eine solche der freien Vereinbarung überlassen. Durchgeführt worden ist auch die Forderung der Hilfsarbeiter. Wenn die im letzten Jahr im Werke tätig sind, können sie einen Stundenlohn von 30 Pfennig, wer diesen Lohn bezieht, eine Zulage von 2 Pf. Zugelassen wurde auch der Teilnahme eines Vertreters der Organisation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an den Sitzungen der Schlichtungskommission. Was aber noch besonders als wichtig hervorzuheben ist, das ist die Tatsache, dass der Tarif zwischen der Innung und dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande abgeschlossen worden ist. Die Organisation ist somit als gleichberechtigter Faktor anerkannt. Wer da glaubte, der Tarif werde von der Versammlung glatt angenommen und die Sache eine schnelle Erledigung finden, der hatte die Rechnung unkonkret gemacht. War schon am Freitag die Opposition eine starke, so war sie am Mittwoch eine noch weit stärkere, fast schien es, als ob alle Bemühungen der Lohnkommission unkonkret sein und ein Streit ausbrechen sollte. Die Redner, insbesondere Kollege Schwarz, ein Mitglied der Lohnkommission, erklärten sich nicht für befriedigt, die Innung sollte mehr Zugeständnisse machen und der Tarif nur auf ein Jahr feststellen. Schlegel, Alter und Philipp führten aus: Unbedingt bedeute der neue Tarif gegen den früheren einen unverkennbaren Fortschritt, gewiss stehe er noch nicht auf der Höhe der Zeit und vieles werde noch nachgeholt werden müssen. Aber mehr war unter keinen Umständen zu erreichen. Es wäre, nachdem die Tarifkommission die Abmachungen vereinbart und abgeschlossen haben, und der Tarif gedruckt vorliegt, direkt unkonkret, sie jetzt abzulehnen und einen Streit zu provozieren. Das sollten die Kollegen doch einsehen. Alter, Schlegel und Philipp erklärten, jede Verantwortung von sich weiter zu weisen, wenn die Versammlung unbesonnen handelte. Endlich, nach stundenlanger Debatte, fiel die Entscheidung. Der Tarif wurde mit Mehrheit angenommen. Schlegel führte an, dass der Tarif außer der Innung auch von 10 Firmen, die nicht Mitglieder der Innung sind, anerkannt worden ist, eine Reihe Firmen aber habe den Tarif noch nicht anerkannt, über diese sei die Sperre verhängt, die bei diesen beschäftigten Kollegen haben sich zunächst zu bemühen, den Tarif zur unterschriebenen Annahme zu bringen, wo dies nicht geschieht, soll der Ortsverwaltung unverzüglich Kenntnis gegeben werden, um die nötigen Schritte veranlassen zu können. Schlegel bemerkte des weitern, dass die Tarifkommission keine Mühe scheuen werde, die vereinbarten Bedingungen überall durchzusetzen, allerdings könnte das nur geschehen, wenn die Kollegen der Organisation treu bleiben. Die Versammlung endete erst am Witternacht.

\* Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am Dienstag der Baunternehmer Max Pichowski aus Schlenkenau vor der Bromberger Strafkammer zu verantworten. Die Beleidigung, die P. im November v. J. in einem öffentlichen Lokal gelegentlich einer Unterhaltung über den russisch-japanischen Krieg über den Kaiser getan haben soll, brachte ihm zwei Monate Gefängnis ein. — Gleichfalls wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung hatte sich der Schneider M. Wisnewski vor demselben Gerichte zu verantworten. Der Angeklagte, der im Sommer v. J. zum Militär ausgehoben wurde, beabsichtigte in dieser Zeit zu heiraten. Da die Einziehung zum Militär ihm daher sehr ungelogen kam, so ließ er sich in einem Lokale in Schwedenhöhe zu beleidigenden Worten über den Kaiser hinreißen. Dabei gebrauchte er gleichzeitig Ausdrücke, die als Gotteslästerung angesehen wurden. Von der Beschuldigung der Gotteslästerung wurde der Angeklagte freigesprochen, dagegen wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

### Eingefandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine andere als die vorgeschriebene Verantwortung.)

In der Stadtverordneten-Versammlung ist kürzlich die Frage neuer Brausebäder besprochen worden, leider hat keiner unserer Stadtväter über das dringende Bedürfnis einer solchen Anstalt in dem großen Stadtteil Scheitnig gedacht. Hier reiht sich eine Arbeiterstraße an die andere und in der Gegend des Waschteiches wächst ein neues Stadtviertel aus der Erde. Wäre es nicht möglich, eins der geplanten Brausebäder in diese Gegend zu legen, dasselbe würde für die Scheitniger Vorstadt als auch für die äußere Odervorstadt, die von der Badeanstalt an der Universitätsbrücke sehr weit entfernt ist, ein Segen sein. Um das Ohlauer Tor zu entschärfen, könnte das zweite Brausebad so gelegt werden, daß es von der Schweidnitzer Vorstadt wie von der Ohlauer gleich bequem zu erreichen ist. Meines Erachtens wären dann erst die verschiedenen Stadtteile gleichmäßig berücksichtigt. Auf jeden Fall bitten wir den Magistrat, wenigstens eins der beiden Brausebäder so zu legen, daß Scheitnig mit berücksichtigt ist.

Breslau, den 6. April 1905.

Reinhold Günther, Goldarbeiter.

Anmerkung der Redaktion: Die Scheitniger Genossen ersehen aus der Zuschrift, wie bedauerlich es ist, daß sie noch keinen sozialdemokratischen Stadtverordneten durchgebracht haben, der ihre Wünsche energisch vertritt. Die klerikalen Räter, die jetzt als Vertreter dieses Stadtteils gelten, denken natürlich an solche Dinge nicht.

Selbstverständlich werden die Arbeitervertreter im Stadtparlament bei nächster Gelegenheit das Verklumte nachholen und die berechtigten Wünsche der Scheitniger Bevölkerung dem Magistrat unterbreiten.

### Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

\* Achtung! An alle Maurer, insbesondere an die Fassaden-Bauer! Die Modelleure und Gipsbildhauer Breslaus befinden sich seit dem 1. April im Streik. Die Unternehmer in diesem Gewerbe haben es auf eine Kraftprobe ankommen lassen und ersuchen wir hiermit unsere Kollegen, die Streikenden moralisch zu unterstützen. Wie uns in einem Anschreiben mitgeteilt wird, sind alle Modelleure und Bildhauer bis auf 6 organisiert und denken und fühlen als Arbeiter, was ja den Herrn Wilborn, Goethestraße, zu dem Aussprüche veranlaßt hat: „Die Bildhauer eignen sich immer mehr die „Maurergesellschaft“ an.“

Wer auf den Bauten oder Stückgeschäften ohne Ausweis der Tarifkommission Bildhauer-Arbeiten ausführt, verrichtet Arbeitswilligen-Dienste!

Die Lokalverwaltung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Saarau, 5. April. Von der Saalnot. Man schreibt uns: Wenn man am hiesigen Orte mit einem Galvanit oder Saalbesitzer in ein Gespräch kommt, so kann man regelmäßig Klagen hören über schwachen Verkehr und wenig Einnahme. Die Saalbesitzer sind alle eifrig bestrebt, jeden Sonntag den Saal mit Tanzlustigen gefüllt zu sehen, wenn Arbeiter den Saal zu einer Gewerkschafts-Versammlung haben wollen, so ist er nicht zu haben. Da nur immer in 14 Tagen eine öffentliche Tanzmusik in einem Saal abgehalten werden darf, so suchen die Wirte immer Vereine zur Abhaltung von Vereinsränchen zu veranlassen und so der Polizei ein Schnupfen zu schlagen. Leider beteiligen sich auch Vereine daran, deren Mitglieder aus den Reihen der Arbeiter stammen. Um den Saal zu füllen, müssen dann tüchtig Geld los werden, ohne daß die Organisation der Arbeiter dadurch gekürzt werden und das ist ja die Hauptsache. Die organisierten Fischer wollten am 7. Mai eine Maiseier veranstalten und wandten sich an Herrn Rönisch, um seinen Saal im „Kaschhof zum deutschen Reich“ zu erhalten. Dazu ist Herr Rönisch nicht zu bewegen. Wir wollen nur sehen, ob nun schnell etliche Vereinsränchen dort stattfinden werden. Wir sind der Meinung, einen Wirt, der keine Gewerkschaftsversammlung, keine Maiseier, oder ähnliche Veranstaltungen in seinem Saal duldet, dem sollten die Arbeiter auch kein Gedächtnis zu gefallen machen, den sollten sie überhaupt nicht besuchen, da sie nicht wissen, ob sie gern gesehen sind.

Biegwitz, 5. April. Ein schweres Fahrstuhlunglück ereignete sich heute Vormittag in der Fabrik S. Frische u. Co. in der Parkstraße. Dort hatte sich das Seil des Fahrstuhles, der zum Transport von Holzern dient, aufgewickelt und infolgedessen war der Fahrstuhl, in dem sich sein Wärtter befand, hinabgeglitten. Doch die Fangvorrichtung war rechtzeitig in Tätigkeit getreten und hatte den Fahrstuhl so aufgehalten, daß sein Boden unter der Dicke des Tischlerlaes, sein oberer Teil sich darüber befand. Um nun den im Fahrstuhl Befindlichen zu befreien, berge sich der Schmied August Springer vom Tischlerlae aus in den Fahrstuhl hinein und löderte an der Fangvorrichtung eine Schraube. Dadurch aber gerät die Fangvorrichtung nach, der Fahrstuhl senkte sich weiter, und sein oberer Rand faßte den Springer dicht hinter den Schulterblättern und quetschte ihn auf die Dicke des Tischlerlaes nieder. Springer wurde erdrückt und war sofort tot. Auch der Fahrstuhlwärter hat bei dem Versuche sich zu befreien, eine Quetschung eines Unterarmes davongetragen, die jedoch nicht gefährlich ist.

Biegwitz, 5. April. Vom Eisenbahnunglück. Die Beerdiigung der beiden verbliebenen Opfer der Eisenbahnkatastrophe hat am Mittwoch Vormittag 9 Uhr vom hiesigen städtischen Krankenhaus nach dem Simultanfischhofe hieselbst unter zahlreicher Beteiligung in feierlicher Weise stattgefunden. Die Leiche des Bahnschaffners Hants aus Breslau war gestern nach Breslau übergeführt worden, um dort beerdigt zu werden. Die beiden verunglückten russischen Arbeiterinnen, die 30jährige Frau Nowoiska und ihre 16jährige Tochter wurden von zwei Leichenwagen nach dem Friedhofe gefahren. Im hiesigen Krankenhaus ist heute ein Verletzte, Karl Kirsch aus Autoboff bei Poda, der an der linken Seite verletzt worden war, gesund entlassen worden; drei weitere Verletzte, die sich noch im Krankenhaus befinden, nämlich Emma Schiller aus Poda, Hofmeister Franz Pape und Hilfschaffner August Dreilich, befinden sich auf dem Wege der Besserung; die Schiller dürfte schon heute ebenfalls entlassen werden. Weniger gut soll es mit dem Ingsführer Schoebel, der nach Breslau gebracht wurde, stehen; er hatte Quetschungen an den unteren Extremitäten und an der linken Hand erlitten. Postamtlichführer Kähler aus Paganitz, der die Eisenbahnkatastrophe am Sonntag durch Fahrlässigkeit verschuldet haben sollte, ist heute wieder aus der Unterbringungsaustausch entlassen worden. Kähler ist bereits 18 Jahre im Dienst und hat sich bisher tadellos in und außer Dienst geführt.

Voggenitz, 5. April. Ein Streik wegen teuren Fleisches. In einer Versammlung hiesiger Fischer wurde, nach bürgerlichen Wählern, beschlossen, bei den hiesigen Fischern nichts mehr zu kaufen, da diese die Fleischpreise erhöht haben. Die Preise für Fleischwaren sollen im nahen Greiffenberg, sowie im Landau, billiger sein, und dies ist die Veranlassung zu obigem Beschluß, welcher die Fischer doch veranlassen dürfte, die Preise wieder herabzusetzen.

Fauer, 4. April. Der Herr Graf vor Gericht. Vor dem hiesigen Amtsgericht stand in der Prozeschade der Gräfin Pfeil gegen ihren Ehemann, den Hauptmann im 154. Infanterieregiment Grafen Pfeil, Termin an. Es waren die Parteien persönlich, sowie der Vater der Gräfin und ihr Rechtsanwalt erschienen. Der beklagte Graf Pfeil zog sich gleich bei Beginn der Verhandlung infolge seines Verhaltens eine Rüge durch den amtierenden Richter zu. Im weiteren Verlaufe beschimpfte der Herr Hauptmann seinen Schwiegervater und den Rechtsbreitand seiner Frau in gräßlicher Weise. Dies mußte ihm von dem Richter energisch unterzagt. Trotzdem ließ er sich unmittelbar darauf wieder zu schweren Beleidigungen des gegnerischen Rechtsanwalts hinreißen. Nunmehr verhängte der Richter gegen den Hauptmann Grafen Pfeil wegen Ungebühr vor Gericht in Gemäßheit des § 179 des Gerichtsverfassungsgesetzes eine Ordnungstrafe.

### Neueste Nachrichten.

#### Russisches.

In Rischikow verübte ein Unbekannter einen Anschlag gegen den Gehilfen des Polizeikommissars Kirilgi in der Nähe des Stadtwalles, ohne ihn zu verletzen. Der Täter ist entkommen.

Die Blätter melden aus Colombo: Der hier eingetroffene Dampfer „Marmora“ berichtet, daß er Montag Morgen, 35 Meilen südlich von Ceylon, drei große Schiffe, aufsteigend

Kriegsschiffe, gesehen habe, die langsam mit ostwärtslichem Kurse fuhren.

### Stadtesamliche Nachrichten.

Geburten. I. Tapezierer und Dekorateur Gustav Böhm, ev. T. — Schneider Robert Kriebel, ev. T. — Hausknecht Heinrich Schäfer, ev. T. — Arbeiter Karl Franke, ev. S. — Droschkenselber Richard Scholz, ev. S. — Bierknecht Josef Gudel, kath. T. — Schneider Josef Kalubwa, kath. T. — Bäcker Paul Schmitt, kath. T. — Schmieß Karl John, ev. T. — Fleischer Karl Ritter, ev. S. — Maschiner im Ant.-Mag. Nr. 28 Meise, kath. Arbeiter August Bille, ev. S. — Brauer Johannes Ebb, kath. S. — Erzeuger und Handwerksmeister Karl Hermann, Hapitz, S. — Rutscher Richard Nowak, ev. T. — Tischler August Hagel, kath. T. — Schlosser Richard Reichelt, ev. T. — Tischler Reinhold Jacob, ev. S. — Bäcker Karl Hebel, kath. T. — Schneidermeister Johann Daarla, kath. S. — Arbeiter Karl Hausmann, ev. T. — Beschäftigter Arbeiter Hermann Menzel, ev. T. — Schlosser Wilhelm Köhler, ev. S. — Maler Julius Tamer, Zwillinge (Söhne). — II. Dachbeder Gustav Wollsdorf, ev. S. — Postkutscher Adolf Bernke, ev. Zwillinge (S.) — Postbeamter Friedrich Schneider, ev. T. — Arbeiter Ernst Pammel, kath. S. — Bureauassistent Reinhold Witz, ev. Zwillinge (T.) — Straßenbahnkassierer Karl Seiber, ev. S. — Hilfsweidensteiner Josef Teufel, kath. T. — Pächter Friedrich Werner, ev. S. — Schlosser Alfred Peyer, kath. T. — Fabrikarbeiter Franz Nidel, ev. S. — Schuhmacher Franz Franke, kath. T. — Kausgehilfe Emil Scherwede, ev. S. — Briefträger Otto Paster, ev. T. — Maurer Paul Jantsch, kath. T. — Klempner Emil Nagler, ev. T. — Kaufmann Oskar Dzial, jud. T. — Kaufmann Moritz Warkauer, jud. T. — Schlosser Karl Adersmann, kath. S. — Hausknecht Gustav Schumann, ev. T. — Maurer Franz Krodob, kath. T. — Stellmacher Ernst Meier, ev. S. — Schiffsführer Willi Wärich, ev. S. — Architekt Karl Erner, kath. S. — Bahnarbeiter Robert Jorke, ev. S. — Kaufmann Hans Kalschmieder, ev. S. — Straßenbahnkassierer Heinrich Köhler, ev. T. — Arbeiter Paul Gebauer, kath. S. u. T. — Ausreicher Karl Fuhrmann, kath. S. — Arbeiter Eduard Dartsmann, ev. S. — Metzgermeister Paul Werner, ev. S. — Monteur Josef Bamerel, kath. T. — Postbote Alois Bauer, kath. T. — III. Straßenbahnkassierer Paul Volkner, kath. T. — Dienstreiber Robert Jander, ev. T. — Köppler Albert Hadel, kath. S. — Eisenarbeiter Wilhelm Schröder, ev. S. — Schlosser Paul Corambe, kath. T. — Betriebs-Bureau-Assistent Josef Yur, kath. T. — Zimmermann Ernst Schöber, kath. T. — Arbeiter Julius Hildebrandt, ev. T. — Tischler Nikolaus Kapflein, kath. T. — Steinquaderer Robert Schögel, ev. T. — Schneider Heinrich Bausch, kath. S. — Magistrats-Bureau-Assistent Paul Scholz, ev. T. — Vorstossknecht Josef König, kath. T. — Arbeiter Richard Reichelt, ev. T. — Kaufmann Karl Seibel, ev. S. — Tischler Emil Carich, ev. T. — Schallseher Hermann Kalsparel, kath. S. — Tischler Max Kögler, ev. S. — Fleischer Hermann Hübner, ev. S. — Bäcker Otto Grubler, kath. S. — Begleitmann Friedrich Schmidt, ev. S. — Stellmacher Karl Huber, ev. S. — Holzbildhauer Hermann Malzer, ev. T. — Arbeiter Paul Köhler, ev. T. — Tischler Max Kleinwächter, kath. S. — Schuhmacher Franz Starinski, kath. S. — Schlosser August Krenke kath. T. — Schneider Vincent Hajel, kath. T.

Todesfälle. II. Königl. Kanalarzibektor a. D. Karl Philipp, 82 J. — Wilhelm, S. des Knopfabrikers Wilhelm Gase, 1 Mon. — Hildebrand, T. des Arbeiters Wilhelm Biele, 6 Mon. — Rentier Karl Ludwig, 75 J. — Königl. Eisenbahn-Verwalter Oskar Haesler, 52 J. — Hugo, S. des Schriftstellers Oskar Schulze, 4 J. — Zimmermanns Witwe Rosine Werd, geb. Lorenz, 83 J. — Droschkenselber Gottlieb Stoto, 54 J. — Baustellereigentümer Elisabeth Strelczyk, geb. Henslein, 52 J. — Wargarete, T. des Waschanstaltarbeiters Friedrich Dito, 6 Mon. — Dienstmädchen Auguste Stolz, 23 J. — Kurt, S. des Zigarrenmachers Richard Gieseler, ev. S. — Pächter Wilhelm Krenk, 60 J. — Kaufmann Louis Lewin, 49 J. — Arbeiter Karl Persiska, 30 J. — Marie, T. des Tischlers Marcel Kanael, 7 J. — Hans, S. des Malers Wilhelm Biele, 5 Mon. — Richard, S. des Arbeiters Richard Wagner, 1 J. — August, S. des Bediensteten August Majunke, 2 Mon. — Borstschlosser Marie Buche, geb. Carnes, 62 J. — Karl, S. des Möbelmachers Fritz Buche, 6 Mon. — Fritz, S. des Kutschers Christian Buchwald, 1 J. — Fräulein Wirtschaftsbeförerin Eleonore Scholz, 60 J. — Willi, S. des Arbeiters August Adam, 1 Mon. — Provisions-Reisenden-Witwe Pauline Gabel, geb. Uberschär, 61 J. — Fritz, S. des Bahnarbeiters Hermann Michaelis, 6 J. — Ernst, S. des Arbeiters Paul Keller, 6 Stb. — Schuhmacherfrau Karoline Siemens, geb. Schmah, 55 J. — Marie, T. des Malers Robert Horn, 3 J. — Hinterbodenarbeiterin Hedwig Hein, geb. Blum, 25 J. — Goldarbeiter August Kinde, 47 J. — III. Architektin Konstanze Reimann, geb. Maligle, 36 J. — Verm. Uhrmacher Marie Geiler, geb. Krause, 45 J. — Pensionsspekulanten Berta Richter, 65 J. — Hüttenbauarbeiterin Lina Jürreling, geb. Wandel, 70 J. — Verm. Optiker Henriette Kallmann, geb. Dirich, 63 J. — Schiffer Alfred Biella, 19 J. — Lehrerin Anna Weinert, geb. Schneider, 54 J. — Postverwalter a. D. August Kühnel, 66 J. — Friede Jüttner, 15 J.

### Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

5. u. 6. April	Nachm. 2 Uhr	Abends 9 Uhr	Morg. 7 Uhr
Luftwärme (C.)	+ 9,4	+ 8,4	+ 4,6
Luftdruck bei 0° (mm)	738,6	735,6	732,7
Dunkelheit (mm)	6,0	6,5	5,6
Dunkelstunde (pCt.)	69	79	89
Wind (0-12)	SW 3	SW 2	W 3
Wetter	bedekt.	bedekt.	bedekt.

### Versammlungen und Vereine.

Breslau.  
Vorstand des Gewerkschafts-Kartells: Drechsler Peterhaniel, Briegittentalt 16.  
Gewerkschaftshaus.  
Donnerstag, den 6. April:  
Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 u. 4. Sonntag, den 9. April:  
Öffentliche Soldaterversammlung. Vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Saale.  
Montag, den 10. April:  
Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 1.  
Mittwoch, den 12. April:  
Breslauer Buchdrucker-Gehilfenverein. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saale.  
Deutscher Arbeiter-Verband der Steinmetzen. Generalversammlung. Zimmer Nr. 3.

### Am 4. d. Mts. verschied unser Mitglied, der Zigarrenmacher

### Anton Süsno.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren  
Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

**Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:**

**Distrikt I (Gräbischer Vorstadt).**  
Karlshof, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter.  
Bezirk 121. Sonntag, den 9. April, Vormittags 6 1/2 Uhr:  
„Volkswacht“-Agitation. Treffpunkt im bekannten Lokal.  
Der Bezirksführer.  
**Distrikt III (Ober-Vorstadt).**  
Bezirk 34 und 43. Sonnabend, den 8. April, Abends 8 1/2 Uhr: Kablabend und Zusammenkunft im „Eiseller“. Es bitten um recht zahlreiches Erscheinen.  
Die Bezirksführer.  
**Distrikt VI (Ohlauer Tor).**  
Bezirk 74 und 75. Sonnabend, den 8. April, Abends 8 1/2 Uhr: Kablabend.  
Die Bezirksführer.  
**Distrikt IX (Wabitz) (umfassend die Bezirke 91, 92, 93, 94, 95, 96.)**  
Sonntag, den 9. April, Vormittags 10 1/2 Uhr, Bezirksführer-Zusammenkunft. Kontrollkarten mitbringen. Der Distriktsführer.

Bezirk 92-93. Dienstag, den 11. April, Abends 8 1/2 Uhr:  
Zusammenkunft und Kablabend im bekannten Lokal.  
Die Bezirksführer.

**Gräbchen. Arbeiter-Radfahrer-Verein.** Jeden Sonntag abends Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.  
**Karlshof. Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.** Sonnabend, den 8. April, Abends 8 Uhr: Vereinsabend bei Schmidt. Wahl eines Kassierers. Um regen Besuch bittet.  
**Pirschberg. Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.** Sonnabend, den 8. April, Abends 8 Uhr: Vereinsabend bei Schmidt. Wahl eines Kassierers. Um regen Besuch bittet.  
**Miltwasser. Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Jeden Sonntag abends nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Eisernen Kreuz“: Mitglieder-Versammlung.

**Miltwasser. Zehntausende der Porzellanarbeiter.** Sonntag abends, den 8. April, Abends 7 1/2 Uhr im Saale des „Deutschen Kaiser“. Vortrag: „Klassen, keine Länder und Völker“, erläutert durch 100 farbenprächtige Kleinlichtbilder. Nebenher: M. Laube, Leipzig. Zu diesem hochinteressanten Vortrage werden hiermit die Arbeiter- und Arbeiterinnen freundlichst eingeladen. Eintrittskarten für organisierte Arbeiter 20 Pfennig, für Gäste 30 Pf. sind im „Deutschen Kaiser“ zu haben.  
Die Verwaltung.

**Ohlau. Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.** Jeden Sonntag abends nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokal.

**Ohlau. Öffentliche Volksversammlung.** Sonnabend, den 8. April, Abends 8 Uhr, im Saale des Gasthauses zum „Grünen Baum“ bei Händel in Baumgarten. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Um zahlreichen Besuch bittet.  
Der Einberufer.

**Stadt-Theater.**

Donnerstag:  
(Anfang 7 Uhr):  
Die Meisterfinger v. Nürnberg.  
Freitag:  
„Mignon.“

**Lobe-Theater.**

Donnerstag:  
„Der Rittmeister.“  
Freitag:  
„Der Kaffeebinder.“

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**

Donnerstag:  
Gruppe K, 6. Vorstellung:  
„Monna Vanna.“

**Zirkus Busch.**

Donnerstag, den 6. April 1905.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Ende gegen 11 Uhr:  
Sam 13. Male:

**Klondike**

Großes Manège-Schauspiel  
des Zirkus Busch:  
Ein Bild aus dem modernen  
Goldgräberleben Amerikas  
in 5 Akten.

**Norton B. Smith,**  
Herkönl. der Pferdewandlung.  
Besondere Pferde werden zu

Wunderbar dress. Elefanten,  
bes. v. Hr. Philadelphia.  
Kavallerie-Quadrille,  
geübt auf 16 Schulstufen,  
und die  
vortr. Programmnummer.  
Sende der Woge so  
und Billeterverkauf siehe  
Plakate und Tageszettel.

Sind Sie  
es doch nur  
was Viola ist? Viola  
ist eine Mischung-Margarine  
aus der besten Butter  
gleichwertig ist. Die  
Zubereitung ist  
die denkbar  
einfachste  
und nur  
die Zutaten  
von hier nur  
besten  
Kochsalz  
Viola ist aber  
stark so gut wie  
Butter, darum  
achten Sie da-  
rauf daß Sie  
auch immer  
Viola so  
frisch wie  
Butter bekom-  
men.

Probieren  
geht über  
Staubieren

**Todes-Anzeige.**  
Am 8. April verschied nach langem Leiden der  
Tischler und Sportgenosse  
**Paul Adam**  
im Alter von 22 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bei ihm  
Die Mitglieder des Arbeiter Radfahrer-Vereins Breslau.  
Beerdigung findet heut Donnerstag in Scheidel-  
witz bei Brieg statt.

**Selowsky's**  
**BOLERO**  
mit und ohne Mundstück.  
**Allerfeinste 2 Pf. Zigarette.**

**Achtung! Genossen!**  
Die Buchhandlung der „Volkswacht“ führt  
**Selowsky's**

**Gold**  
auf Pfänder all. Art, auch  
gute Zeit. i. Reichamt Treb-  
nitzerstr. 3 (a. Rathhauspl.).  
Bock. [718]

**Strohüte**  
für Herren, Damen u. Knaben  
gibt direkt in der Fabrik  
Hene Graupenstraße 11, Hof,  
**Freund & Krebs.**

**Zigarren eigenes Fabrikat**  
Zigaretten in großer Auswahl  
Rauch- und Kantabak  
bei  
**Hermann Berner,**  
Mühlgasse 30.

deutsche erstl. Solidaria-Fahrräder  
auf Wunsch Teilzahlung.  
Anzahl 20, 30, 50 M.  
Anz. 8-15 M. mon.  
Beltschradler von  
64 M. an. Zubehör  
telle sportlich.  
Prozente gratis und franko.  
**J. Jendrosch & Co.**  
Charlottenburg 6. No. 51.

**Billige, gute Uhren**

kaufen Sie unter Garantie, auch Gold- u.  
Silberwaren in meinem überaus als reell  
anerkannt, sehr bedeutend vergrößerten  
Geschäft. 559  
Bitte beachten Sie die Preise.  
Herren-Uhren v. 3.00 M. an. Silb.  
Herren- u. Damen-Uhren v. 8.00 M. an  
Goldene Damen-Uhren v. 14.00 M. an  
Regulateure v. 7.00 M. an. Wand- u.  
Wetter-Uhren v. 2.00 M. an. Uhrenringe in verschied.  
Gold v. 3.00 M. an.  
Ringe, Armbänder, Broschen, Ohrringe, Musikwerke,  
Petten u. s. w. sehr billig.  
**R. Leitloff Uhrmacher,**  
Nikolaistraße 41, am Königplatz.

**„In freien Stunden“.**  
Zünftige Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.  
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

781  
Heute früh eingetroffen eine neue Waggonladung **frischer Seefische.**  
Wir offerieren prachtvollen, weißen  
**Gehlien** mit 14 n. n. n. im Ausschnitt, **20 Pf. p. Pfd.**  
alstücke  
eigenen Kühlwagen.  
unre zeitig, wir eröffnen  
Schmiedebrücke 19  
u. Stadtbahnbogen.  
42 eigenen Dampfern.

**Eröffnung**  
meines  
**Spezial-  
Putzgeschäftes**

**SIEGMUND ZWEIFEL**  
55 Reusche-Strasse 55

**Sonnabend  
den 8. April,  
Vormittags 9 Uhr.  
Grosse Eröffnungs-Überraschung!**  
Näheres in meinen folgenden Inseraten.



Französisch-russische Schmiegelder!

Der „Vorwärts“ ist in der Lage, einen wertvollen Originalbrief zu veröffentlichen, der dieser Tage von Paris nach Petersburg gegangen ist. Der Brief wirft ein grelles Licht auf die russische Korruption und auf die Art, in der das Ausland sich dieser russischen Korruption anpaßt.

Dieser Brief gibt ein so allennmäßig die Geschäftspraktiken wieder, die wohl überall in der kapitalistischen Gesellschaft geübt werden, aber nirgends mit solcher Schamlosigkeit wie in Rußland.

Man kann ungefähr sich denken, was die russische Bureaucratie an dem russisch-japanischen Krieg verdient, welche Summen etwa bei den deutschen Schiffverläufen in die Tasche der russischen Bureaucratie geflossen sind.

Wir lassen nunmehr den Brief, der im Original französisch ist, in deutscher Uebersetzung folgen:

Mein Herr!

Wir bestätigen Ihnen, was zwischen Ihnen und unserem Vertreter in St. Petersburg vereinbart ist hinsichtlich der Kommissionsgebühren, die wir Ihnen schuldig sind für Ihre Vermittlung in Sachen der 114 Lokomotiven, die wir für die russische Regierung zu bauen haben.

Diese Kommissionsgebühren sind festgesetzt auf 2 Prozent der Kaufsumme für den Bau der 114 Lokomotiven und ihrer Tender, das heißt  $\frac{27.700}{100} \times 114 \times 2 = 63.156$  Francs.

- 1. Eine Anzahlung von 12.000 Francs (5000 Rubel), die Ihnen überwiesen sind auf unsere Rechnung durch unseren Vertreter und worüber wir die Quittung besitzen.
2. 18.278 Francs nach der Unterzeichnung des definitiven Kontraktes, der in Vorbereitung ist.
3. Den Rest, das heißt 31.578 Francs nach der ersten Ablieferung von 80 Prozent der Kaufsumme der ersten fünfzig Lokomotiven.

Sollten Ergänzungen und Abänderungen, die zur Erhöhung des Preises der Lokomotiven führen, beschlossen werden, so werden wir Herrn M. N. (das heißt den Vertreter der Firma in Petersburg) beauftragen, unsere Vorschläge in dieser Hinsicht dem Generalstab zu unterbreiten, jedoch wird er Ihnen vorher die Nettosumme angeben, die wir für die erwähnten Ergänzungen und Abänderungen haben wollen und zwar pro Maschine und Tender. Der Ueberschuß, den Sie über diese Nettosumme hinaus erzielen können, wird Ihnen von uns als Vermittlungsgebühr vergütet werden.

Ebenso werden wir es halten mit den Ersatzlöhnen, deren Preis auf die gleiche Weise bestimmt wird, d. h. wir lassen Sie die Nettosumme wissen, die wir für die Ersatzlöhne erhalten wollen und was Sie darüber hinaus erzielen, wird Ihnen von uns als Kommissionsgebühr vergütet werden.

- Die Zahlung Ihrer Gebühren auf die Ergänzungen und Abänderungen, Preise der Lokomotiven und Tender und auf die Ersatzlöhne wird Ihnen auf folgende Weise entrichtet werden:
1. die Hälfte bei der endgültigen Bestellung,
2. den Rest, nachdem die russische Regierung 95 Prozent des Preises der 114 Lokomotiven und Tender begahlt hat.

Genehmigen Sie, geehrter Herr, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Jules Bonin,
Präsident des Ausschusses.

So häuft sich das Material gegen die heutige, verbrecherische Bureaucratie in Rußland immer mehr, und der Friedensjahr könnte heute das Wort eines seiner Vorgänger wiederholen: Bei uns in Rußland fehlen alle; ich bin der einzige, ehrliche Mensch in Rußland!

Wer nach alledem noch jetzt die Aufrechterhaltung einer solchen Wirtschaft und eines solchen Staatssystems für den Frieden und die Kultur fördernd ansehen kann, der gehört ins Krankenhaus oder er ist Teilnehmer an den geschilderten Schmiegeldern.

10. Generalversammlung
des Verbandes der Bäcker
in Hamburg.

Der Verbandstag wurde am 3. April um 9 Uhr Morgens durch den Verbandsvorsitzenden Altmann eröffnet. Redner weist u. a. darauf hin, daß der Verband 20 Jahre besthe und schildert anschaulich die schweren Kämpfe, die durchzumachen waren, ehe die Organisation zur heutigen Höhe aufstieg.

Der Tagungsbericht wird durch den Vorsitzenden Altmann vorgelesen. Er enthält eine eingehende Darstellung der Lage der Bäcker in Rußland und der dortigen Kämpfe.

Die Tagesordnung besteht aus 14 Punkten. Der Bericht über den Geschäftsbericht entnimmt wir folgende Angaben: In der Berichtsperiode 1903/04 machte der Verband nach jeder Richtung erfreuliche Fortschritte.

Die Mitgliederzahl betrug am 31. März 1904 5142 auf 5706. Leider ist die Fluktuation unter den Mitgliedern noch eine sehr große, denn es wurden neu aufgenommen 1903: 5296, 1904: 10.061. Nach beendeter Lohnbewegung sprangen regelmäßig viele Mitglieder ab; der Vorstand meint hierzu, daß neben dem Ausbau des Einkommens der Frage erörtert werden müsse, ob es nicht ratsam sei, Bestimmungen dahingehend zu treffen, daß in allen Mitgliedschaften von dem Augenblicke ab, wo die Lohnbewegung durch den Hauptvorstand antzuteilen wurde (also 2 Monate vor Beginn derselben), Mitglieder nur unter der Bedingung aufgenommen werden, daß sie beim Eintritt mindestens 10 Wochenbeiträge im voraus zu zahlen haben.

An früheren Lohnbewegungen seien erwähnt: 1903: Kassel (erfolgr.), 1904: Kiel (erfolgr.), Lübeck (teilweiser Erfolg), Reichental (erfolgr.) und Berlin, wo der große Kampf, an dem über 40.000 Arbeiter beteiligt waren, erfolgreich verlief. Daneben wurden kleinere Lohnkämpfe geführt, teils mit, teils ohne Erfolg. Die Kriegskosten betrugen 1903 rund 2000 Mk., 1904 rund 38.000 Mk. Durch diese Kämpfe wurden eine Reihe der ärgsten Mißstände beseitigt, so 1903 für mehr als 4000 Bäcker das Kost- und Pauszwesen, 1904 für mindestens 6000 Bäcker Lohnbewegungen herausgeschlagen, die bis 3 Mk. wöchentlich betragen. Mit Recht hebt der Bericht hervor, daß diese Erfolge den noch dem Verbande fernliegenden Kollegen Anlaß geben sollten, bald Mitkämpfer zu werden.

Viele Bäcker haben geurteilt ohne zu flüchten, denn in den Nachbarorten der Streikgebiete wurde aus nabeliegenden Gründen den Vätern der Lohn freiwillig erhöht. Außer dem Mitgeteilten ist in mehreren Orten die Arbeitszeit vermindert worden, auch werden dort Ueberstunden bezahlt und sonstige Vergünstigungen gewährt — alles

Ermügenschaften des Verbandes. Die Einnahmen betragen 265.440,49 Mk., die Ausgaben 239.955,50 Mk., das Verbandsvermögen beläuft sich auf 57.941 Mk. Außer der Streikunterstützung wurden ergahlt: für Arbeitslosenunterstützung 47.740 Mk., für Reisenunterstützung 8980 Mk., Kontingentalbuch 4456 Mk., Sterbegeld 290 Mk., Postkontingentalbuch 340 Mk., Gemacht-einstenunterstützung 4627 Mk. usw.

Die „Bäcker-Zeitung“ hatte 1903 im Durchschnitt eine Auflage von 7169, 1904 von 10.268 Exemplaren. Abgahlich der Einnahmen beliefen sich die Umlösen 1903 auf 8010 Mk., 1904 auf 12.511 Mk., die Hochlaufgabe war 15.000.

Der Bericht des Ausschusses ist sehr kurz — ein Zeichen dafür, daß an der Leitung der Organisation wenig anzusetzen war. Der Vorstand, die Revisionen und der Ausschuss erstatten sodann ihre Berichte, worauf die Mittagsspanse eintritt.

Der Vorstand berichtet ergahnt der Verbandsvorsitzende Altmann. Dem Verbands seien etwa 13 Prozent der Organisationsfähigen zugeführt; in Ostelbien gehören 4,3 Prozent dem Verbands an, in den Hanfaktäden 32,8 Prozent. Im allgemeinen sei der Weg zum Großbetriebe unverkennbar, aber in manchen Großstädten nehme man eine weitere Vergewigung der Betriebe wahr.

Danach müsse die Agitation eingerichtet werden, die damit zu kämpfen habe, daß in verschiedenen Gegenden die Bäckerzellen noch von der Infektion des Meßlerwens erfüllt seien und daß das zu bearbeitende Menschennaterial sich alle fünf Jahre ungefährt erneuere. Hoch anerkannt müsse die Begeisterung und der Opfermut der Gesamtarbeiterschaft für die Bestrebungen der Bäcker werden, wodurch in diesen immer mehr das Gefühl erweckt werde, daß es ein Glück für sie sei, ein Glied dieser Familie zu sein.

Den Passenbericht ergahnt der Hauptassessor Friedmann, der die Ansicht vertritt, daß der Ausbau des Unterstufenswesens ohne Beitrags erhöhungen nicht durchzuführen sei. Der Kassensbestand müsse mindestens die Höhe der Ausgaben des letzten Jahres erreichen.

Die Debatte über den Geschäftsbericht nimmt den ganzen Tag in Anspruch. Scharf gerügt wird das unkollegiale Verhalten der Magdeburger-Konsumvereinsbäcker, die, wie behauptet wird, zum größten Teil Konfrottkäsemeister seien und denen der Beiziff „Solidarität“ ein Buch mit sieben Siegeln sei. Der Vorwende konstatiert nicht allein die Wichtigkeit der Angaben, sondern ergahnt sie noch um einige Fälle.

Einen breiten Raum nimmt die Erörterung des gestrigen Streiks, speziell des in Berlin geführten, ein. Ein Berliner Delegierter schildert humoristisch, daß der Hauptassessor ein sehr „nehmendes“ Wesen habe, daß er aber in Punkte des Ausgebens weniger lebenswichtige Eigenschaften besahe. Die Hauptkassiere habe den Berliner gegenüber nicht ihre volle Schuldigkeit getan.

Vom Vorstandstisch aus wird erwidert, daß der Hauptassessor nur im Sinne der gestrigen Vorstandsbeschlüsse gehandelt habe. Einige Delegierte sind nicht zufrieden mit dem Kassensbestand der in Anbetracht der höheren Mitgliederzahl ein höherer sein müßte.

Altmann macht darauf aufmerksam, daß bei der Sprung hatten Entmischung des Verbandes viele Kollegen als Mitglieder vorhanden seien, die finanziell nach wenig geleistet hätten. In späteren Abhandlungen wird die zum Teil sehr lebhaft geführte Debatte geschlossen. Ein Antrag, die Berliner Zahlungsverbindlichkeiten auf die Hauptkasse zu übertragen, wird dem Vorstande zur Veranschlagung überwiehen. Beschlossen wird ferner, daß die noch ausstehenden Streikmarken bis zum 1. Juli d. J. bezahlt sein müssen, widrigenfalls der Ausschluß der Betreffenden erfolgt. Damit ist der Vorstand, der Kassens- und Revisionsbericht erledigt.

In der Dienstag-Sitzung gelangt zunächst Punkt 6 der Tagesordnung zur Verhandlung: Die Unterstufens- und Einrichtungsarbeiten im Verbands. Der Hauptassessor Friedmann begründet eingehend die vom Hauptvorstand gestellten Anträge:

Der Beitrag wird auf 50 Pf. (bisher 40 Pf.) erhöht. Die Mitgliedschaften mit von der Hauptkasse besoldeten Beamten haben von jedem Beitrag 45 Pf. an die Hauptkasse abzuliefern, die übrigen Mitgliedschaften 40 Pf. pro Beitrag.

Mitgliedschaften ohne angestellten Beamten können für die Geschäftsführung 5 Prozent von der Einnahme aus Wochenbeiträgen vergüten.

Die Krankenunterstützung soll in Zukunft in derselben Weise, wie jetzt Arbeitslosen- und Reisenunterstützung, ausbezahlt werden; danach erhalten erkrankte Mitglieder noch 52 Wochen Mitgliedschaft pro Tag 1 Mk., nach 156 Wochen 1,20 Mk. und nach 260 Wochen 1,50 Mk. auf die Dauer von 12 Jahren im Jahre.

Außerdem soll das Sterbegeld erhöht werden nach 156 Wochen Mitgliedschaft auf 50 Mk. und nach 260 Wochen Mitgliedschaft auf 75 Mk. (bisher 30 resp. 50 Mk.).

Hierauf knüpfte sich eine lebhaft Debatte, die sich für und wider die gestellten Anträge bewegte. Auch liegen mehrere Abänderungsanträge vor, die ebenfalls eingehend begründet werden.

Constantin Meunier.

So hat Meunier den verachteten Sklaven der Arbeit zu einem Helden geshmepelt. Ihm, den die Kunst einst schonte wie ein wildes Tier, errichtet sie heute Denkmäler. Vielleicht tut sie es nicht nur aus Bewunderung seiner persönlichen Kraft, sondern in dunkler Ahnung der weltgeschichtlichen Bedeutung, welche er als der Sieger in den sozialen Schlachten der Zukunft sich erringen wird.

(Fr. W., „Neue Zeit“ 1904.)

Vor einiger Zeit ging eine Notiz durch die Zeitungen, daß die belgische Regierung Bedenken trage, dem Bildhauer Meunier den Auftrag auf sein „Denkmal der Arbeit“ zu übertragen, da man befürchte, daß damit Propaganda für die Sozialdemokratie gemacht werden könne. Zwar wurde dem Künstler der Auftrag erteilt, aber man dichtete dem vorgelegtem Entwurf des Werkes eine formale Schwäche an, so daß es nicht im Freien, in einer Hauptallee Brüssels, wo es doch als eine Verherrlichung des Arbeiterstandes betrachtet werden und zu Kundgebungen gegen die „Ordnung“ des Staates Anlaß geben könnte, zur Ausstellung gelangen solle, sondern in einem eignen dazu zu erbauenden Meuniersaale des „Modernen Museums“. Das ist die wahre Ursache des Hasses der Reiterenden gegen die „Minnsteinkunst“: man fürchtet von der Darstellung der reinen, menschlichen Wahrheit die Störung ihrer Ordnung. Dem Volke die einschläfernde, verdummende Kirchenreligion, dem fatten Besthenden die Kunst, das war von jeher der Grundlag der Herrschenden, deshalb hütete man sich so ängstlich davor, die Kunst, die vor der nackten Wahrheit wirklichen Lebens nicht zurückbleibt, ins Volk dringen zu lassen, stellt künstlerische Ideale längst gestorbener Zeiten auf, die dem hart um's tägliche Brot Kämpfenden unverständlich bleiben müssen, die aber bewirken, daß dem Armen die Kunst als etwas erscheint, das ihm mit Siegeln und Schlössern verschlossen bleiben soll.

So wandeln sich die Begriffe im Gebrauche des Kampfes. Was ist die Bezeichnung „Glende“ zum Ehrentitel geworden, und wie feiern Constantin Meunier gerade als den Meister der „Minnsteinkunst“. Aber was ist es, was uns die gegenwärtige offizielle Siegesalleckheit als verächtliche und die Gleichmacheret erscheinen läßt, und was uns zur Verwunderung hinreißt beim Betrachten der Arbeiter-

gestalten des großen Velaters? Ist es allein der Stoff, die Tendenz, die Darstellung der Arbeit, oder tritt nicht doch noch eine Empfindung hinzu, daß wir erst die innere Größe seiner Kunstwerke begreifen können?

Die Wiedergabe der Arbeit in der bildenden Kunst, in Malerei und Plastik, ist in früheren Jahrhunderten wenig geübt worden. Die Künstler verachteten die Darstellung der Alltagsarbeit als etwas Rohes, der Arbeiter wurde erst in der Renaissancezeit, und dann auch nur in der Malerei, kunstfähig. Man hütete sich aber ängstlich davor, Menschen in der Arbeit wiederzugeben, die Arbeit als Ehes und Hohes darzustellen, man stellte die Arbeiter lediglich als Nebenfiguren neben die Hauptgestalten der Bilder, oder man verunstaltete sie, stellte sie als Bewunderer der Gottheit vor, entzückte sie möglichst dem Willen der Arbeit. Das ist aber nicht zu verwundern. Die Auftraggeber waren meistens kirchliche oder weltliche Behörden, und es war streng verpönt, weltliche Stoffe künstlerisch zu gestalten. Eine Popularisierung, allerdings auch nur in bedingtem Maße, brachten erst die Kupferstichkunst und die Werke der niederländischen Malerei. Aber diese machten wieder aus der Arbeit eine speibürgerliche Beschäftigung, vermochten aus nicht das Verbehalten der Arbeit zu erkennen. Erst einem Maler der Gegenwart, dem Franzosen Millet, gelang dieses. Bekannt sind seine Arbeiterbilder, deren erstes im Revolutionsjahre 1848 erschien. Das Motiv seines Willens hat Millet selbst bestimmt. „Im Schweiß deines Angesichts“, schreibt er, „sollst du dein Brot essen. Ist das eine fröhliche, scherzhafte Arbeit, wie sie gewisse Leute uns gern einreden möchten? Und doch findet sich für mich hier die wahre Menschlichkeit, die große Poesie. Millet suchte seine Menschen bei der Arbeit auf, den „Säemann“, die „Heubinder“, den „Mann mit der Hacke“, die „Ackerleserin“, sind die bekanntesten Bilder Millets. Aber selbst dieser moderne Maler wagte noch nicht den Arbeiter als Einzelpersonlichkeit wirken zu lassen, er nimmt die Natur zu Hilfe und läßt die harte Arbeit gemildert erscheinen durch die Hebevolle Allmacht der Natur. Erst Meunier gelang es endlich, die Arbeit um ihrer selbst willen, nicht als dienendes Glied irgend welcher dritten Macht, künstlerisch darzustellen.

Constantin Meunier ist im Jahre 1831 als sechstes Kind arme Eltern in einer Vorstadt Brüssels geboren worden. Zwei Jahre nach seiner Geburt starb der Vater und der Mutter blieb

allein die Ernährung und Erziehung ihrer Kinder überlassen. Der älteste Bruder Jean Baptiste wurde Lithograph und brachte es später bis zum angeesehenen Kupferstecher. Diesem Bruder verdankte Constantin die erste Erziehung zum Künstler. Er brachte ihn in einem Atelier unter, woselbst Meunier aber die niedrigen Dienste verrichten mußte, um dadurch die Mittel zu ferneren Fortkommen zu gewinnen. Er wandte sich erst der Malerei zu und schuf bis in sein 55. Lebensjahr Bilder, die sich wohl eines gewissen Rufes erfreuten, aber seine eigentliche Lebensaufgabe fand und löste er, indem er sich der Bildhauerei zuwandte.

Wie er den Weg dazu fand, das erzählte er selbst: „Dann führte mich der Zufall in das schwarze Land, ins Land der Industrie. Ich bin von seiner dükteren und wilden Schönheit mächtig ergriffen. Ich fühle es in mir wie eine Offenbarung, daß ich hier mein Lebenswerk schaffen muß. Ein ungeheures Mitleiden erfaßte mich. Ich dachte noch nicht an die Bildhauerei. Ich war 50 Jahre alt und doch fühlte ich in mir unbekannte Kräfte, wie einer neuen Jugend, und tapfer machte ich mich ans Werk. Das war kühn, denn ich hatte eine zahlreiche Familie.“ Meunier hat als erster den Beweis erbracht, daß der moderne Mensch auch plastisch darzustellen ist. Bisher sträubte sich die Bildhauerei dagegen, sie erklärten die moderne Kleidung für zu „gewöhnlich“, um sie künstlerisch wieder zu geben, sie holten sich ihre Vorbilder aus der Antike, ihre Kunst war nur eine unendliche Wiederholung des in früheren Zeiten Geschaffenen, die moderne Welt mit ihren neuen Aufgaben und Zielen blieb ihnen verschlossen. Meunier stellte den Menschen der Gegenwart dar, und daß er keine Meißelwerke schaffen konnte, das machte, daß er seine Menschen bei der Arbeit aufsuchte.

Sein erstes plastisches Werk war der Hammerwerfer: ein Arbeiter in vollem Arbeitszeug mit Schurzfell, die Hände auf den Boden gestützt. Eine in ihrer einfachen Ruhe mächtig wirkende Gestalt. Ihm folgen der sitzende Puddler, die Statue des trinkenden Alten, die den Durst wunderbar wiedergibt. Von monumentaler Wirkung ist sein Bergmann mit der über die Schulter geleiteten Keule. Diese Werke sind in Bronze, Silber, aber auch den weihen Marmor verstand er seinen künstlerischen Zielen dienbar zu machen. Als bedeutendstes Marmorwerk ist wohl „Die Tränke“ zu bezeichnen: Ein Arbeiter, nur mit Hose bekleidet, reitet sein Arbeitspferd in die Schwemme.

# Ächter Verbandstag der Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Im Volkshaus zu Leipzig trat am Sonntagabend der achte Verbandstag der deutschen Bauhilfsarbeiter zusammen. Es sind rund 100 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands anwesend. Die Tagesordnung für den Verbandstag umfasst sieben Punkte. Der Verbandsvorsitzende Herr v. Hamburg eröffnete den Verbandstag mit einem kurzen Rückblick auf die Arbeiten und Erfolge der letzten Jahre. In den letzten beiden Jahren ist die Mitgliederzahl des Verbandes von 18,000 auf 29,000 gestiegen; die Einnahmen und Ausgaben haben sich infolgedessen bedeutend erhöht; sie sind in diesen beiden Jahren annähernd so groß, wie in den zehn vorausgegangenen Jahren. Im großen und ganzen ist die Organisation im Vorwärtsschreiten begriffen. Der Verband hat seinen Charakter als Kampforganisation gewahrt; in Leipzig befindet sich der Verbandstag auf historischem Boden. Trotz der großen Fortschritte bliebe aber noch viel zu tun übrig, um die Bauarbeiter sämtlich an die Organisation zu fesseln; insbesondere komme es darauf an, Mittel und Wege zur Einschränkung der Pluralität zu finden. Auch an den Leipziger Bauarbeitern seien die letzten Jahre nicht spurlos vorbeigegangen, aber es bedürfe auch hier noch einer großen Arbeit, das Erreichte festzuhalten. Trotzdem gerade in Leipzig eine Prelle vorhanden sei, die auf die Arbeiter in hohem Maße einwirken würde, seien doch die Leipziger Bauarbeiter vor- zuzugleich organisierter als in anderen Großstädten. Der Verband wolle, erziehe viel. Zeigen wir, so schloß der Redner, daß uns das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, arbeiten wir an dem weiteren Ausbau des Verbandes, damit wir in zwei Jahren von neuen Erfolgen sprechen können. Den Ausführungen folgte ein begeistertes aufgenommener Hoch auf den Verband. Danach wurde die Wahl des Bureau's vorgenommen. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten wurden Behrendt-Hamburg, Baasche-Preßden und Geismann-Berlin gewählt. Nachdem dann noch die Schriftführer und die Mandatsprüfungskommission gewählt waren, wurde in die Feststellung der Tagesordnung eingetreten. Ein Antrag der Bremer und Berliner Delegierten, betreffend die Gründung eines Industrierverbandes, soll entgegen dem Wunsche der Antragsteller nicht als besonderer Tagesordnungspunkt, sondern sowohl bei dem Bericht des Vorstandes als auch bei den übrigen Anträgen behandelt werden. Hierbei wird auch die Frage der Grenzstreifenarbeiten erörtert werden. In den Verhandlungen des Verbandstages werden auch Vertreter des Maurer-Verbandes und des Fabrikarbeiter-Verbandes teilnehmen. Von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist A. B. Barth-Berlin anwesend. Nach Annahme der Tagesordnung und der Geschäftsordnung für den Verbandstag wurde die Sitzung auf Montag früh vertagt.

## Deutscher Reichstag.

179. Sitzung vom Mittwoch, den 5. April 1905, Nachmittags 1 Uhr.  
Am Bundesratspräsidenten Graf Posadowsky, Abtr. v. Stenael. Nach Erledigung einiger Rechnungssachen tritt das Haus in die erste Beratung der neuen Maß- und Gewichtsordnung ein.  
Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Volksp.) ist mit der Tendenz der Vorlage einverstanden, äußert aber Bedenken wegen der kommunalen Schwächen. Die betreffenden Gemeinden haben sich in ihrem Etat auf die Einnahmen aus solchen Einrichtungen eingerichtet, sollen ihnen diese nun gekürzt werden? Man sollte im Falle der Verstaatlichung wenigstens den Gemeinden eine Entschädigung gewähren. Abg. beantragte Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.  
Abg. Engelke (Ztr.) schlägt sich den Ausführungen des Vortrags an, beantragt aber, die Kommission aus 21 Mitgliedern bestehen zu lassen.  
Abg. Baerwinkel (natl.) hat Bedenken gegen die alljährliche obligatorische Erhebung der größeren Blausäuremengen und gegen die zur weitgehenden Befugnisse des Bundesrats, hofft aber auf Verständigung in der Kommission.  
Abg. Stolle (Ztr.): Unabweisbar hat das Gesetz erhebliche Vorteile gegen den bisherigen Zustand, da die Ueberverteilung des Publikums eingedämmt wird. Die im § 10 vorgesehene Plankontrolle für den Bundesrat ist unannehmbar, ebenso sind wir gegen eine Entschädigung für die Kommunen, weil dadurch die Einheitssteuer gestört wird. Die Verstaatlichung der Erhebung ist demgegenüber zweifelhaft.  
Die Abg. Schicker (kons.) und Raab (natl.) sprechen sich im wesentlichen für die Vorlage aus. Letzterer tritt dafür ein, daß die Nachzahlung lockerer bleibt.  
Staatssekretär Graf Posadowsky führt aus, die Gemeinden seien nur Preisfragen des Staates gewesen, der jederzeit seinen Kurs zurücknehmen könne. Die Kommunen hätten aus den Erhebungen doch wohl nur die Teilhaberschaft bedürfen. Dem Gedanken einer Entschädigung könne er fallen zu lassen. Möchte man

solche Bestimmung auf, so würde er darin ein wesentliches Hindernis für das Zustandekommen des Gesetzes erblicken müssen. Gas- und Wassermesser brauchen nicht nachgereicht zu werden.  
Abg. Tobe (Freis. Vag.) ist gegen eine Entschädigung der Gemeinden und gegen die Verstaatlichung der bayerischen Normalrechnungskommission. Durch diese bayerischen Reservatrechte bekämen wir nur eine Wenige bayerischer Behörden, die nichts zu tun hätten.  
Abg. Oefel (Ztr.) rühmt gegenüber dem Vortrager die Tätigkeit der bayerischen Normalrechnungskommission. Gas- und Wassermesser, sowie Elektrizitätsmesser müßten gesetzlich von der Verstaatlichung befreit werden.  
Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Baasche (natl.), Tobe, Raab und des Staatssekretärs Graf Posadowsky geht die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.  
Es folgen Petitionen.  
Die Petition, betr. die Einfuhr russischer Schweine in die Schlachthäuser des oberbayerischen Industriebezirks wird ohne Debatte durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.  
Die Petition, betr. die Einführung einer besonderen Eidesformel für Dissidenten beantragt die Kommission dem Reichskanzler als Material zu überreichen.  
Abg. Hoffmann-Berlin (Ztr.) weist darauf hin, daß bereits im Jahre 1866 und wiederholt auch in späteren Jahren die gleiche Petition im preussischen Abgeordnetenhaus der Regierung zur Verstaatlichung überwiesen worden sei. Auch im Reichstag ist die Petition schon vor zehn Jahren als Material überwiesen worden. Aber es ist niemals etwas dabei herausgekommen. Im Interesse der Glaubens- und Gewissensfreiheit muß eine besondere Eidesformel für Dissidenten gefordert werden. Wenn jemand schwören muß mit der Bekräftigung: „So wahr mir Gott helfe,“ und er glaubt nicht an diesen Gott, so wird er dadurch eigentlich verleitet, einen Meineid zu leisten. Ist es doch den Meineniden gestattet, anstatt dieser Eidesformel eine Versicherung auf Ehre abzugeben. Auch in Preußen ist kürzlich in einer Gerichtsverhandlung von einer Verurteilung wegen Eidesverweigerung abgesehen worden, weil anerkannt worden ist, daß in dem Eideszwang ein Gewissenszwang liegen würde.  
Der Kommissionsantrag wird angenommen.  
Eine Reihe von Petitionen wird ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission erledigt. Die Berichterstatter verzichten meist auf das Wort.  
Eine Petition, betreffend eine Beschlusse über einen Ausweisungsbefehl wird durch eine inzwischen getroffene Entscheidung der zuständigen Behörde für erledigt erklärt. Vizepräsident Dr. Baasche ließ die Abstimmung sehr rasch stattfinden. Der Berichterstatter hatte ebenfalls verzichtet.  
Zur Geschäftsordnung weist Abg. Gothein (Freis. Vag.) darauf hin, daß, obwohl die Kommission die Erhaltung eines mündlichen Berichtes beschlossen habe, er keinen solchen gehört habe.  
Vizepräsident Dr. Baasche erwidert, er könne die Berichterstatter, wenn sie aus Wort verzichten, nicht zwingen, einen mündlichen Bericht zu erstatten.  
Abg. Gothein: Wenn die Kommission mündlichen Bericht beschließen hat, dann muß der Berichterstatter reden.  
Abg. Watterdorff (Zentrum): Ich bin als Vorsitzender der Kommission für den Berichterstatter Dr. Marcorer eingetreten. Ich habe aber das Material nicht zur Hand. Infolge eines Schreibens des Reichskanzlers — — —  
Vizepräsident Dr. Baasche (den Redner unterbrechend): Das ist nicht zur Geschäftsordnung, das ist zur Sache. Der Gegenstand ist erledigt.  
Abg. Singer schließt sich dem Abg. Gothein an.  
Die Petition betr. die Einführung einer stoffelgemässen Umfänger für Großmühlen, wird auf Antrag des Abgeordneten Erzberger (Zentrum) von der Tagesordnung abgelehnt und an die Kommission zurückverwiesen, da inzwischen neues Material eingegangen sei.  
Die Petition behufs Einrichtung einer Pensionsversorgung der Privatangehörigen wird der Regierung zur Ermäßigung überwiesen, ebenso eine Petition, betr. Zuteilung gewisser Grundstücke zum Stadtpostbezirk Lübben.  
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.  
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Erste und event. zweite Lesung der Vorlage über Abänderung des Brauengesetzes, 3. Lesung des Antrags Wülfing, betr. Abänderung der Grundbuchordnung, zweite Lesung des Ergänzungsetzes für 1904, Rechnungssachen und Petitionen.)  
Schluß 3<sup>1/2</sup> Uhr.

## Rußland und Japan.

### Nachrichten der Schlacht.

General Linewitsch telegraphiert dem Kriegsminister aus Mukden:  
Der Feindtrupp des russischen Roten Kreuzes, Gouchloff, mit 9 bambergerischen Schwestern, 26 hohen ärztlichen Beamten und

65 Krankenpflegern ist im Hauptquartier eingetroffen. Gouchloff berichtet mir, von Gochow seien 200 Sanitätspersonen, 20 bambergerische Schwestern, 30 Ärzte und 150 Krankenpfleger ins Ausland geschickt worden. Gouchloff erstattet mir ferner die Meldung, daß er General Gonnensfeld, 36 Offiziere, 1 Arzt und 1649 Soldaten in Mukden verwundet zurückgelassen hätte. Bei der Räumung von Mukden ließen wir in den Spitälern des Roten Kreuzes 460 unserer Soldaten krank oder verwundet zurück, außerdem 406 Japaner. Gouchloff berichtet, daß die Japaner unsere Verwundeten, die Ärzte und Krankenschwestern gut behandelten und weder beleidigten noch belästigten.  
Die Zahl der russischen Verwundeten, die augenblicklich in Tokio weilen, ist sehr groß, sodaß es der Regierung schwer fällt, allen eine sorgfältige Verpflegung angebeihen zu lassen. Infolgedessen ist beschloffen worden, sie nach Rußland zurückzusenden.  
**Neue Gesichte.**  
Ein amtlicher japanischer Bericht sagt: Ein Teil der japanischen Belagerung von Utschanschu vertrieb die Russen, die Utschanschu, zwei Meilen nördlich von Utschanschu, und Sumientsheng, neun Meilen westlich von Utschanschu, besetzt hielten. Beide Orte wurden am Montag besetzt. Nachdem die Japaner dann den Feind aus der Nachbarschaft von Sumiantshu, sechs Meilen südlich von Utschanschu, vertrieben hatten, kamen sie am Dienstag Mittag in die Nähe von Santala und eröffneten ein heftiges Feuer gegen ungefähr 500 russische Kavalleristen, die sich nach Norden an der Eisenbahn entlang zurückzogen und schließlich gesprengt wurden.  
**In Erwartung der Belagerung**  
macht sich in der Stadt Wladivostok eine außerordentliche Erregung bemerkbar. Um der armen Bevölkerung das Verlassen der Stadt zu erleichtern, werden von der Kommandantur Gratis-Eisenbahntickets dritter und vierter Klasse bis zur Station Baital verabfolgt. Personen, die ein Armutszertifikat vorweisen können, erhalten Freitickets bis zu ihrem Primatsort und außerdem 10 Rubel Reisegeld. Ungefähr 3000 Personen haben schriftlich ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, als Sanitäre, Barüberzogene Schwestern usw. in der Stadt während der Belagerung zu bleiben. In den letzten gemeldeten Häusern werden die aus Rußland und Korea eintreffenden Truppen untergebracht. Es fehlt natürlich nicht an Lenten, die die herrschenden Zustände ausnutzen und horrenden Preise für alle Bedarfsartikel verlangen. Den armen Soldaten wird der letzte Rubel aus der Tasche gezogen, und auch die indigene Zivilbevölkerung wird in schonungslosster Weise ausgebeutet.  
**Rußland im Innern.**  
„Russische Slowa“ meldet: Oberprokurator Bobjedonoff hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Informierte Kreise bringen den Entschluß des Oberprokurators in Verbindung mit der neuen Strömung unter den Vertretern der Kirche, die in letzter Zeit laut gegen die dem Kirchenrecht und der Tradition widersprechende Knechtung der Kirche durch die weltliche Gewalt protestieren.  
Nicht zum ersten Male tritt die Nachricht auf, daß Konstantin Petrowitsch Bobjedonoff, der gegenwärtig 78 Jahre alt ist, von seinem einflussreichen Posten zu scheiden gedenkt. Auf ihn konzentrierte sich der Haß der russischen Aufklärungsbewegung, denn in ihm sahen sie den stärksten Widersacher ihrer Bestrebungen. Es scheint, daß sein Einfluß völlig im Sinken begriffen ist, und daß dies ihn endlich bewogen hat, sein Entlassungsgesuch einzureichen.  
**In Warschau**  
wurden am Dienstag und in der Nacht zum Mittwoch 77 Personen in den Vorstädten verhaftet. Bei ihnen wurden viele Luftpistolen und Revolver gefunden.  
Als im Hofe der in Grachow gelegenen Kaserne den Soldaten das Urteil verlesen wurde, monoch ein Soldat wegen Ungehorsams zu 2 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wird, stürzte sich der betreffende Soldat auf den Regimentsoberst und verwundete ihn mit seinem Bajonett tödlich.

## Partei-Angelegenheiten.

Intenliste der Partei. In Hamburg starb der Parteigenosse Josef Bekowicz Kohn, Vorsitzender der Parteikommission des „Hamburger Echo“. Dem „Echo“ entnehmen wir die folgenden Angaben über den Verstorbenen:  
Jof. Berl. Kohn war 1841 als Sohn eines Kaufmannes in Peczica (Russ. Polen) geboren. Er sollte nach des Vaters Wunsch Prediger werden und studierte auch, mußte aber 1863 wegen Beteiligung an dem polnischen Auslande aus der Heimat flüchten, kam in der Uniform eines Postbeamten über die russische Grenze, durchwanderte mehrere deutsche Städte, bis er 1864 nach Hamburg kam

und gewonnen haben, die alten buraischen Gerichte hätten die Sache in einer rechtmäßigen Weise geführt und große Rechtsverletzungen seien vorgekommen. Der Staatsanwalt Simonen protestiert gegen die Anklagen und Dr. Sprenger erklärt darauf, daß man ihn ja einfach zur Rechenschaft ziehen könne. Interpellant ist, daß der Minister Rühlrat am 10. September Strafantrag gestellt hat und der Ankläger Hermann bereits am 1. Tage vorher in Untersuchungshaft genommen worden ist. Dr. Sprenger hat die Ueberzeugung, daß die Verurteilung des Prozesstes gegen Hermann nicht in den Händen der Staatsanwaltschaft, sondern in denen des Ministers Rühlrat liegt. — Staatsanwalt Simonen (erst jetzt aufstehend): Ich bitte doch den Herrn Vorsitzenden, mich gegen solche unerbötlichen Anschuldigungen in Schutz zu nehmen. — Vorsitzender: Herr Verteidiger, lassen Sie doch solche Sachen lieber draußen. — Staatsanwalt Simonen: Zunächst betone ich, daß ich nicht bezüglich meines Vorgehens gegen den Angeklagten auf dem § 127 Absatz 3 füge. Was jedoch die Bekämpfung anlangt, der Herr Minister führe in Wahrheit diesen Prozeß, so könne er sie nicht klar genug juristisch weiten.  
Nachdem die von der Verteidigung gestellten weiteren Beweisanteile dem Gericht abgelehnt waren, begannen am 5. April Vermittlung die Verhandlungen. Staatsanwalt Dr. Simonen bemerkte bei der Verhandlung der gegen Hermann erhobenen Anklagen folgenden: In dem zur Anklage stehenden Artikel des „Reichsboten“ wird dem Minister Rühlrat vorgeworfen, daß er im Hermann-Ries-Prozeß einen Meineid geschwiegen habe. Reichsminister Rühlrat ist jetzt der Angeklagte, der diese schwere Beschuldigung gegen den höchsten Justizbeamten des Landes erhoben hat, darauf wird, daß er sagt, Minister Rühlrat habe nicht etwas falsches gesagt, sondern er habe wirklich etwas geschwiegen. Die Beweisannahme der letzten zwei Tage habe keinen Beweis dafür erbringen können, daß in dem Hermann-Ries-Prozeß die allgemeine Spieltheatertheater des Ministers zur Anklage gefunden habe. Der Vorwurf des Meineides falle ohne weiteres in sich zusammen, und es bedürfe dafür gar nicht des von der Verteidigung beantragten Wahrheitsbeweises in Gestalt der Vernehmung von 84 Zeugen. Es könnte sich vielleicht darum handeln, ob diese Beweisüberhebung mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung notwendig ist, und dazu müßte ich sagen: Ich habe es immer für sehr möglich gehalten, daß eine Beweisüberhebung mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung stattfinden soll. Aber abgesehen davon, daß die beantragten Beweisüberhebungen gar nicht in den Prozeß hineingehören, sei ihre Annahme deshalb nicht erforderlich gewesen, weil die Strafanwaltschaft die Absicht habe, in dem bevorstehenden Prozeß gegen den Minister Rühlrat noch einmal die ganze Spieltheatertheater des Ministers Rühlrat zu erörtern. Der Angeklagte hat sich nach Ansicht der Staatsanwaltschaft des Vergehens gegen § 127 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht. Was die

Strafzumessung anlangt, so sei zu berücksichtigen, daß die erhobenen Beschuldigungen sich gegen den höchsten Justizbeamten des Landes richten, und daß es die schwersten Beschuldigungen seien, die überhaupt gegen einen Menschen erhoben werden können. Er beantrage deshalb gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten, Aufhebung der Kosten und Publikationsbefugnis für den beleidigten Minister. Die Untersuchungschaft solle nur insoweit anzurechnen werden, als sie vor der Verhaftung des Angeklagten am 9. September bis zum 2. Dezember liegt.  
Justizrat Dr. Pöhlke, der Vertreter des Minister Rühlrat, tritt ebenfalls für eine Bestrafung des Angeklagten ein. Hermann habe nur Sentenzen machen wollen. Jegliches aus Haß und Rache gegen den Minister und den Justizstand überhaupt habe er gehandelt. Erwiesen sei, daß der Minister als solcher nicht mehr geliebt habe. Pöhlke könne der Minister nicht als Mitschuldiger anerkannt werden.  
Hierauf erhalten die beiden Verteidiger des Angeklagten das Wort. Rechtsanwalt Dr. Sprenger wendet sich dagegen, daß er persönlich verletzten sein wolle, wenn gegen er den Minister immer wieder den Vorwurf des Meineides erheben müsse. Er müsse das tun im Interesse des Angeklagten. Es stehe fest, daß der Minister im Ries-Prozeß in seiner Zeugnisaussage höchst wichtige Momente verschwiegen habe. Aus der Fragestellung der Verteidiger im Ries-Prozeß hätte Minister Rühlrat klar erkennen müssen, daß man Mitteilungen über sein gesamtes Spieltheatertheater machen würde und nicht einzelne bestimmte Fälle.  
Wenn der Minister gesagt habe, Pöhlke sei kein Mitschuldiger, so sei das unrichtig. Der Zeuge v. Monteville in Berlin habe das Gegenteil behauptet. Zum Schluß wachte sich Dr. Sprenger dagegen, daß hier nur der Fall Hermann, nicht der Fall Rühlrat zur Verhandlung stehe. Dem Minister müsse selbst viel daran liegen, daß der Vorfall gütlich geklärt würde. Die Straftat sei juristisch nicht mißbillig, die man sich denken könne. Sollte die Schuldfrage überhaupt bejaht werden, so sei eine ganz geringe Strafe von Tage. Der Angeklagte habe nur geglaubt, was die ganze Welt geglaubt habe, und eine so exorbitante Strafe, wie die vom Staatsanwalt beantragte, sei nicht am Platze. In erster Linie dürfe er um Freilassung, im Falle einer Verurteilung aber um volle Anrechnung der Untersuchungschaft.  
Hierauf nahm der zweite Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Herz-Altona das Wort. Er führte aus, leider sei es der Verteidigung unmöglich gemacht worden, den Wahrheitsbeweis zu führen. Die Verteidigung stehe mit gebundenen Händen da. Auch dieser Verteidiger erwachte in längeren juristischen Ausführungen um Freilassung.  
Ebenfalls wird gemeldet: Der Angeklagte, Redakteur Hermann, wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Fünf Monate wurden auf die Untersuchungschaft angerechnet.

Wie kann anders nicht dieses Tier, wie unsere landesüblichen Feindmaße? Die Verurteilung des Rühlrat ist von einseitiger Laubbildung. Die meisten der Richter der Reichsgericht sind es, das sehen wir an seinem Normenwerke „Der Reichsbote“. Es ist ein von Kopf bis Fuß baltische Arbeitskraft, aber er hat es verstanden, gerade durch diese Felleidung den Einklang des Ganzen zu heipern. Es müßte noch viel Kunstwerke aufzählen: „Die Verurteilung“, „Das Leid“, „Die Höhe des alten Bergmanns“, „Das Relief“, „Die aufstrebenden Verurteilung“. Ueberall liegt er das Wohlbeder der Arbeiter, er findet im Arbeiter den zukünftigen Richter, wo seine Kunst gepfeiffen vorher nur das Richter leben.  
Ein Sammelwerk aber sollte das „Denkmal der Arbeit“ werden, dieses Denkmal sollte das Werk seines Lebens zusammenfassen. Es ist ein großer mächtiger Bergmann, die Seiten mit Relief ausgefüllt, die die Arbeiten der Industrie, des Landes, des Bergwerks und des Hofens darstellen. Darüber an den vier Ecken vier Arbeiterfiguren, vorn eine Gruppe „Mittlerzeit“, eine Frau, die zwei Kinder in ihrem Schoße hält. Aber die Felleidung des Ganzen ist der Edelmuth, der hoch über allen Gewirren seinen Samen durch die Hände streut. Dem Edelmuth könnte Mannier selbst verglichen werden. Er hat neue, lebenspendende Samen in die Welt gestreut, und wenn bereits die Samen neuen Lebens herrlich aufgehen, dann werden die Arbeiter mit Dank sich des Mannes erinnern, der der Arbeit und der Verherrlichung der Arbeit seine Lebenskraft gewidmet hat.  
Eugen Prager.

## Aus aller Welt.

Rühlrat-Prozeß in Oldenburg. Die Verhandlung am Dienstag gestaltete sich sehr dramatisch. Die Verteidiger Dr. Sprenger brachen von einer Ueberreizung und Ueberzeugung der Verteidigung, da ihnen das Beweisthema eines Zeugen nicht vorher unterbreitet worden ist. Der Landtagsabgeordnete Weßel, als Zeuge vernommen, sagt u. a. aus, daß Reis das allgemeine Empfinden vorhergesehen habe, der Minister wolle alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen weislich abwenden haben, die Anklage der Ehefrau des Angeklagten fördert nicht mehr als Neues zu Tage.  
Es werden lebhaft die Verteidiger als Zeugen vernommen. Nachhermann dem behauptet, daß er und sein Neffe früher den Stin-

und hier ein kaufmännisches Geschäft gründete. Seiner Gattin und seiner großen Kinderzahl war er ein ungemein lieber, treu- sorgender Vater. Lange schon qualte ihn ein allmähliches Leiden, gegen das er nur mit Mühe und einer seltenen tapferen Zähigkeit ankämpfte. Aber er wußte seit langem, daß es mit ihm zu Ende ging. Davon zeugt auch der folgende Brief, den er uns vor einigen Wochen mit dem hier ebenfalls folgenden Gebetszettel schrieb:

Werte Offenbar! Meine böse Krankheit setzt mich so zu, daß ich entschlossen bin, an ihr Made zu nehmen und infolge dessen Sie bitte, nachstehendes zu veröffentlichen:  
Garon.  
Was malt ihr ihn so düster, trüb,  
Als wär's der Menschen Feind —  
Den Engel, den Erbliebte lieb,  
Der uns dem Tod vereint?  
Der von der Schwachen Schulter hebt:  
Des Lebens schwere Last,  
Die hoffnungslos gejagt, nestrebt,  
Den Mühen schafft er Raft.  
Die Fessel löst der Sorge, Pein  
In heißer Sommerhölle.  
Sein leichter Fephyr haucht herzu  
Und heilet uns so kühl. —

### Arbeiterbewegung.

**Zur Schuhmacheraussperrung in Weipensfeld** erlassen der Zentralverband der Schuhmacher, die Zahlstelle Weipensfeld und das Gewerkschaftsamt einen Aufruf zum Ausschluß. Er schildert die Zustände, welche 2000 Schuhmacher in den Streit trieben, und fährt dann fort:

Die Arbeiter verlangen einen einheitlichen Lohnsatz, Befestigung bzw. Stellung der Journaltiere zum Selbstkostenpreis und Festlegung des Tarifs durch Verträge auf ein Jahr. Die Unternehmer lehnten diese Verhandlung ab, auch die Vermittlung des Gewerbegerichts sowie die des Gewerbeinspektors wurde zurückgewiesen. Sie wollen an der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter durch nichts hindern lassen.

In unzureichender Treue haben die Streikenden, von welchen 100 dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands und über 500 dem Reichs- und Landesverband angehören, namentlich 6 Wochen zum Teil mit sehr geringen Unterhaltungen standgehalten. Jetzt aber kehrt die Not bei einem Teil der Streikenden ein. Nur ca. 1000 dem Zentralverband angehörende sind von ihrer Organisation vollunterstützt, mehr als 600 müssen mit einer geringen Unterstüßung aus der Lokalkasse sich aufrechten geben. Die Mittel dieser Lokalkasse sind aber durch die lange Dauer des Kampfes jetzt erschöpft. Sollen die Arbeiter nicht durch Hunger getrieben in das alte Joch zurückkehren, so müssen neue Mittel flüssig gemacht werden.

Alle Mittel der Lockungen und Versprechungen der Fabrikanten haben bisher nicht vermocht, die Streikenden wankelmütig zu machen. Mit geradezu bewundernswürdiger Einmütigkeit stehen die Streikenden heute, nach 6 Wochen, noch genau so fest wie am Anfang des Streiks. Die Fabriken stehen größtenteils still, nur wenige können mit Mühe und Not den Betrieb aufrecht erhalten. Wenn wir in der Lage sind, die Streikenden weiter zu unterstützen, müssen die Fabrikanten ihre ablehnende Haltung aufgeben, und der Sieg der Arbeiter wird ein vollständiger sein.

Wir appellieren an die Parteien, unverzüglich Sammlungen einzuleiten und, wo flüssige Mittel vorhanden, solche sofort an eine der untenstehenden Adressen zu überweisen.

Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe! Wir hoffen, daß die Arbeiterchaft Deutschlands die Weipensfelder Schuhmachere Arbeiter, welche bei allen größeren Streiks und Aussperrungen ihre Solidarität bewiesen, in ihrem Kampf gegen ein prozedurhaftes Unternehmertum sie nicht im Stich lassen werden.

Sendungen sind zu richten an G. Neuf, Hauptkassierer in Nürnberg, Feinseilplatz 4, oder an Rudolf Weise, Weipensfeld a. S., Töpferdamm 21.

**Brauereiausperrung.** Aus Köln wird gemeldet: Der Volksbildungsverein der rheinisch-westfälischen Brauereien beschloß, daß 34 größere Brauereien von Köln und Umgebung am 5. April sämtliche einer Organisation angehörige Brauereiarbeiter aussperrten bzw. kündigten, weil über die Kölner Brauerei-Aktion der Volksrat verhängt wurde, als die Brauerei zwei Arbeiter entließ, obwohl das Schiedsgericht entschieden hatte, sie seien zu Recht entlassen.

Die Gipser und Stukkateure in Mannheim und in Ludwigshafen legen am Sonnabend die Arbeit nieder, weil der von ihnen aufgestellte Lohnsatz von den Arbeitgebern nicht anerkannt wurde.

Die Handwerkskammer in Dresden und Umgebung haben mit ihren Arbeitgebern einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, der Minimallohn pro Stunde 35 P. Zur Regelung der Arbeitsvermittlung wird ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet. Zur Heberwachung des Tarifvertrages, der außerdem noch Bestimmungen über das Hand-

werkzeug und über die Arbeit außerhalb der Stadt enthält, wird ein aus je fünf Arbeitgebern und Arbeitern bestehendes Tarifamt eingesetzt. Der Vertrag gilt vorläufig auf ein Jahr.

**Über 1000 ausgesperrte Wiener Tischler demonstrieren** am Montag Abend in der Brigittenau. Die Polizei ging gegen die Demonstranten mit blanker Waffe vor, wobei zahlreiche der Aussperrten verwundet wurden. Die Demonstranten antworteten mit Steinwürfen. Eine große Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Maurer in Zürich sind in einen Ausstand getreten. Ihre Bewegung ist auf einen minimalen Stundenlohn von 55 Cts. für die Maurer und 44 Cts. für die Handlanger gerichtet. Die Bauunternehmer offerieren 52 und 39 Cts., 2 Cts. mehr als gegenwärtig bezahlt wird.

### lokales und Provinziales.

Breslau, 6. April 1905.

#### \* Zur Aussperrung der Breslauer Steinsetzer.

Am Mittwoch Vormittag fand im Gewerkschaftshaus eine stark besuchte Versammlung der Aussperrten statt, zu der der Vorsitzende des Zentral-Vorstandes, Knoll-Berlin, erschienen war, um sich der Sache nach Kräften anzunehmen. Knoll hatte sich bereits eingehend über die Verhältnisse orientiert und referierte in ausführlicher Weise über die Tariffrage und die von den Meistern wohl vorbereitete Aussperrung. Seine Darlegungen fanden in einem an den hiesigen Magistrat gerichteten längeren Schreiben Ausdruck, in dem letzterer ersucht wird, auf die Meister einzuwirken. Das Schreiben führt u. a. aus:

Die Ursache der Aussperrung sind Differenzen über einen zu vereinbarenden Lohn- und Arbeitsleistungssatz der Steinsetzer, insbesondere die Bestimmungen des letzteren. Es haben einen solchen sowohl die Unternehmer, als auch die Arbeiter ausgedrückt. Die einzelnen Positionen der beiderseitigen Tarife gehen jedoch ungemein weit auseinander. Jedoch in der letzten der Aussperrung vorausgegangenen gemeinsamen Beratung der Arbeitgeber und der Vertretung der Arbeiter, des Gesellenanschlusses, machte der letztere den Arbeitgebern noch ganz besondere Konzessionen, die weit über das Maß der ihm erteilten Vollmachten hinausgingen, um, wenn irgend möglich, den Ausbruch eines Konfliktes zu verhindern. Demgegenüber wurde jedoch nach kurzer Beratung von Arbeitgebern an den Gesellenanschlüssen das latente Verlangen geäußert, den von Arbeitgeberseite aufgestellten Tarif unverändert und en bloc zu akzeptieren, was der Gesellenanschlusses ablehnen mußte.

Um dem Magistrat nun einen genaueren Einblick in die vorliegende Streitfrage zu geben, stellen wir nachstehend die beiden Tarife, sowie die auf dem Gesellenanschlusses gemachten Zugeständnisse gegenüber. Wir dürfen wohl auf die Wiederholung keine verzichten, da wir die Hauptpunkte bereits am Montag, 3. April, veröffentlicht haben. Erst aus einem Vergleich ist vollständig zu ersehen, wie ungemein weit entgegengesetzt die hiesigen Steinsetzer sich ihren Arbeitgebern erwiesen haben und zugleich, wie vollständig ungeschicklich die von den Arbeitgebern gestellten Anforderungen sind. Man könnte die letzteren nahezu als Raubbau an der Arbeitskraft und Gesundheit der Arbeiter bezeichnen! Oder man möchte annehmen, daß die Berliner und Stettiner Steinsetzer-Juniormeister von ihrem Geschäft nichts verstehen. Wir weisen besonders darauf hin, daß die in dem Stettiner Tarif festgelegten Positionen durchweg den Postulaten der Arbeitgeber entsprechen, während der Berliner Tarif das Ergebnis eines Kompromisses ist, dafür aber auch nur die Maximalleistung fixiert!

Was nun die Aussperrung hier anbetrifft, so rechnen nach dem Aussprüche eines derjenigen Arbeitgeber, die am meisten auf die Aussperrung hingewirkt haben, dieselben eventuell auf eine längere Dauer derselben. Man gab uns zu verstehen, daß so lange die Steinsetzer im Kampfe nicht anzuhalten könnten und sozusagen zu Preisen kriechen müßten. Wir können nun nicht kontrollieren, ob das lediglich Redensarten sind, mit denen man uns schrecken will, oder ob dieselben tatsächlich einen realen Hintergrund haben. Wenn durch solche Redensarten die Behörden in den Verstand geraten, daß sie zu Gunsten der einen Partei Stellung ergreifen könnten, so bitten wir also nicht uns, die Arbeiter, dafür verantwortlich machen zu wollen, sondern diejenigen, die zu solcher Verhärten Veranlassung geben. Jedenfalls wäre nach unserer Kenntnis der einschläglichen Verhältnisse eine längere Aufrechterhaltung der Aussperrung nur möglich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung der in Betracht kommenden Behörden, weil es sich im Steinsetzerberufe ja fast ausschließlich um öffentliche Arbeiten handelt. Wir halten eine derartige Zustimmung der Behörden aber nur dann für möglich, wenn dieselben über unsere Forderungen nicht oder unrichtig informiert wären. Bei einer objektiven Information der Behörden halten wir es für ausgeschlossen, daß den Unternehmern ein derartiges Zugeständnis, wie sie es erhalten zu haben vorgeben, gemacht sein kann.

Nicht nur, daß die Vertretung derselben den Arbeitgebern weit über das ihnen vorgeschriebene Maß hinaus entgegen gekommen sind,

sondern sofort nach vollzogener Aussperrung haben dieselben auch die hiesige Gewerbebehörde als Einigungsamt angerufen und haben damit wiederum dargelegt, daß ihnen an einem Konflikt, trotz der Konfliktlösung, nichts gelegen ist. Jede Begünstigung der Unternehmer in der von ihnen selbst behaupteten oder einer anderen Art könne dann daraus hinaus, dieselben in die Lage zu versetzen, ein solches Institut derselben Magistrats, von dem die Förderung und Unterstützung heischen, zu ignorieren. Also auch aus diesem Grunde halten wir es für ausgeschlossen, daß irgend eine Behörde die Unternehmer in der Weise, wie sie glauben machen wollen, nämlich durch absichtliches Hinanzschieben des Beginnes der Arbeiten unterstützen könnte.

Die sehr wir, die Arbeitnehmer, von der Berechtigung unserer Ansprüche überzeugt sind, ergibt sich wohl daraus, daß wir dem Einigungsamt vorgeschlagen haben, den Herrn Stadtschreiber von Scholz als Sachverständigen einzuladen zu wollen, damit derselbe begutachte, ob bei den Arbeitsleistungen, wie sie die Meister verlangen, noch gute, einwandfreie Arbeiten gelistet werden können. Wir halten das für ausgeschlossen und wir können deshalb mit gutem Gewissen behaupten, daß wir es sind, die zugleich die Interessen der Behörde, in weiterem Sinne die Interessen der Allgemeinheit schützen.

Die Quintessenz des von den Unternehmern aufgestellten Lohnsatzes ist, daß dieselben mehr Arbeit haben sollen, ohne mehr Lohn zu erhalten zu wollen. Die von denselben angebotenen Löhne bedecken sogar noch eine Verlustrechnung im dem Sinne, daß wir bisher nur zwei Lohnklassen hatten, während es nunmehr drei solcher sein sollen.

Des weiteren stellen die Arbeitgeber Bedingungen, die zum Teil geradezu rigoros, zum Teil einfach unabweisbar sind, die aber, wenn sie einmal in einem Tarif stehen, eine fortgesetzte Klage über die Quelle neuer Konflikte sind.

So heißt es in der Bestimmung über die im Steinsetzerberufe technisch und hygienisch notwendigen Vorarbeiten:

Sollten die Vorarbeiten nicht pünktlich imangehalten werden, so wird das Tagelohn für jede Ueberfreitung um 1 Stunde gekürzt. Weiter heißt es in dem Tarif der Unternehmer bezüglich der bei den Pflichtenarbeiten nötigen Vorarbeiten:

Es wird das Planum von dem auf der Baustelle umstehenden Arbeiter vollständig fertig übergeben. Für die rechtzeitige Bedienung bei der Ausführung dieser Arbeiten haben die Gesellen selbst Sorge zu tragen.

Bei allen übrigen Arbeiten haben die Gesellen dafür zu sorgen, daß das zur Herstellung der angegebenen Arbeitsleistungen erforderliche Planum von den ihnen unterstellten Hilfskräften stets rechtzeitig fertiggestellt wird.

Ueber die Anzahl der für die auszuführenden Arbeitsleistungen erforderlichen Hilfskräfte hat (jedoch) stets der Meister allein zu entscheiden.

Dies soll also dem Steinsetzer eine Verantwortung aufgebürdet werden, ohne daß derselbe das geringste Recht hat, irgendwelche Bestimmungen selber treffen zu können. Diese Tarifbestimmung kommt darauf hinaus, dem Steinsetzer auch noch die Arbeit des Hilfsarbeiters aufzubürden, wenn derselbe nicht fürchten will, im Lohn herabgesetzt zu werden.

Aus dieser objektiven Darstellung dürfte sich unseres Erachtens ergeben, daß die Schuld an den Differenzen doch anderswo zu suchen sein dürfte, als bei den Arbeitnehmern.

Angesichts der Lage, in der wir uns befinden, ein Schriftstück der Innung vom 25. März vorlegen zu können, worin die Aussperrung schon unerbittlich angedroht wird, womit also bewiesen sein dürfte, daß dieselbe von den Unternehmern von langer Hand geplant und nicht etwa durch unvorhergesehenes Verhalten der Arbeitnehmer provoziert ist.

Aus allen diesen Gründen glauben wir, darauf rechnen zu können und bitten wir den Magistrat der Stadt Breslau, auf die Unternehmer in dem Sinne einwirken zu wollen, daß sich dieselben den Verhandlungen vor dem von uns angerufenen Einigungsamt nicht entziehen, da auf einer anderen als auf gegenseitiger Vereinbarung beruhende Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes ein dauernder Frieden nicht zu erzielen ist.

In der Debatte wurde noch hervorgehoben, daß anlässlich der Aussperrung im vorigen Jahre in den mit den Meistern gepflogenen Verhandlungen gerade diejenigen Meister den Tarif der Gesellen ablehnten, die gar keine Leute beschäftigten. Das waren damals die Schaufmacher und wahrscheinlich sei es diesmal wieder der Fall.

\* **Vom Streit der Modelleure.** Die gestern stattgehabte Zusammenkunft der streikenden Modelleure nahm den Situationsbericht entgegen. Die Lage ist nach unverändert, neue Arbeitswillige sind nicht hinzugekommen. Daß mit den 7 Arbeitswilligen die 33 streikenden Modelleure nicht ersetzt werden können, liegt auf der Hand. Die Streikleitung hat sich an die anderen Bauberufe gewandt und ist zu hoffen, daß dieselben Solidarität üben und speziell die Kupfer- und Stuckateure weder Streifarbeit ausführen noch durch mechanische Arbeiten ersetzen werden. Nach einer lebhaften Debatte

**Große Schneemassen** sind in den letzten Tagen, besonders aber am Sonntag, an der sächsisch-böhmischen Grenze niedergegangen. Die Wang-Protbande lag am Sonnabend im Hochwinterkleide. In 500 Meter Höhe wurden Montag Morgen 11 Meter Niederschlag gemessen. Aus Baderbühler wird geschrieben: Ein neuer Winter hielt mit dem Montag seinen Einzug. Bereits in der Nacht trat Schneefall ein, welcher den ganzen Tag anhielt. Der Schnee erreichte bereits eine Höhe von 3 Zoll. Für Monat Mai sind die ersten Sommergüsse angekündigt; auch gehen fast täglich Anfrägen ein. Auch in der oberen Grottschaft Mag ist auf dem Gebirgsstamm bedeutende Schneemassen niedergegangen. In Schmiedberg berichtet seit zwei Tagen ein tüchtliches Unwetter, verbunden mit Schneestürmen. Auch im Oberberg sind in den letzten Tagen heftige Schneestürme niedergegangen, denen anhaltender Regen folgte. Die Schneelage erstreckt sich bis hinab nach Madau-Wahersdorf bei Harzberg. Die schönste Winterlandschaft bietet sich dem Auge. Die Wege sind teils ara verschneit.

**Der Jubalide und seine Frau.** Aus Mainz wird gemeldet: Ein alter, mittelalter Jubalide erschoss seine Frau und sich. Der Mann ist tot, die Frau tödlich verletzt.

**Zwei Menschenleben** hat die Rettung eines Hundes in Wien gekostet. Ein Hund schwamm in Gefahr, von der Donaubrücke überfahren zu werden. Zwei in der Nähe befindliche Personen sprangen hinzu, um das Tier vor dem Tode zu retten, was ihnen auch gelang. Leider wurden bei diesem Rettungsversuch die Bahnwächter Häiter und Kritium vom Zuge erfasst. Beide sind ihren Verletzungen im Krankenhaus erlegen.

**Selbstmord begangen** hat, wie Pariser Blätter melden, der deutsche Konsul in Vorebay Hans Welvert. Der Konsul, der neben dem Vater, hat sich mit einem Revolver eine Kugel ins linke Ohr geschossen. Der Tod trat augenblicklich ein. Auf seinem Schreibtisch wurde ein Zettel gefunden, auf dem er seinen Entschluß, sich das Leben zu nehmen, mitteilt.

**Ein Eisenbahnzusammenstoß.** Aus Schweich (Rheinpr.) wird gemeldet: Am 4. April erfolgte hier ein Eisenbahnzusammenstoß, bei dem drei Eisenbahnbesatze schwer verletzt wurden; sie sind ihren Verletzungen erlegen.

**Zu dem tragischen Tode der Schauspielerin Margas Falmar**, der ersten Liebhaberin am Stadttheater in Heilbronn und ihres Bräutigams werden folgende Einzelheiten bekannt: Die Untersuchung hat zweifellos ergeben, daß der Ofen in der Wohnung der Künstlerin schon seit einiger Zeit schadhafte war, sodaß sich dort giftige Gase entwickeln konnten. Fräulein Falmar lagte auch in den letzten Tagen mehrfach über Schwindelanfälle, Kopfschmerzen und schlechten Schlaf; da die junge Dame aber bei offenem Fenster zu schlafen pflegte, so äußerten sich die Folgen nicht allzu stark. An

dem fraglichen Unfallstage wollte Fräulein Falmar bis nach Mitternacht in der Wohnung einer Kollegin, und als sie nach Hause kam, schloß sie wegen des Gemitters das Fenster. Als am anderen Morgen auf wiederholtes Klopfen und Rufen niemand antwortete, wurde die Wirtin herbeigeholt, die die Wohnung durch einen Schlosser öffnen ließ. Man fand die Schauspielerin tot und bereits vollständig erstarrt auf dem Bett liegen, ihren kleinen Hund in den letzten Augen. Die Unglückliche war einer Kohlenoxydvergiftung erlegen; die gegenwärtigen Mordungen von einem Selbstmorde sind völlig ausgeschlossen.

**Zur verstorbenen Saurekraut verstorben** wurde in Sulzbach (Elb) eine Arbeiterfamilie namens Weber. Die Familie wurde Morgens in ihrem Schlafzimmer bewußlos aufgefunden. Ein Arzt stellte fest, daß der Mann und das älteste Kind schon tot waren. Die Frau ist Dienstag Abend gestorben, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Das jüngste Kind ist außer Gefahr.

**Die Verhaftung eines früheren Offiziers**, der als Agent einer Berliner Lebensversicherungsgesellschaft umherreiste, ist in Hamburg erfolgt. Der Festgenommene ist 33 Jahre alt und stammt aus Nürnberg. Bei seiner Vernehmung konnten ihm bereits zwölf Fälle nachgewiesen werden, in denen er in betrügerischer Weise Unterschriften zu Lebensversicherungsverträgen gesammelt hatte; er erob die Anzahlungen von 150 Mark bis 10 Mark, samt aber die Aufträge nicht an die Gesellschaft ab, sondern unter die Hand der Gelber. Er ist geständig, schon wegen Betruges, Urkundenfälschung und Diebstahls verurteilt zu sein und wegen ähnlicher Verste von den Behörden in Bremen und Hannover strafrechtlich verfolgt zu werden. Außer den vorgenannten Betrugsfällen räumte er schließlich noch ein, Bestellscheine auf wertvolle Bücher gefälscht und von Hamburger Buchhandlungen die Provisionen hierfür 40 Mark erhalten zu haben.

**Einem Mordversuch auf seine Frau** hat ein Tapezierer Regel gemacht, der schon mehrmals in der Fremdenstadt Bergber bei Berlin gewesen ist. Als er dort zum letzten Male war, entlock er und kehrte zu seiner Frau zurück, die sich durch Schneidern ernährt. In der Familienzeit vollführte er wiederholt die tollsten Dinge, und als er zuletzt in der Wohnung die Möbel zu zertrümmern begann, kam es zu bösen Ausritten. Unter Mitnahme einiger Sachen verschwand W. dann, schließlich aber bald unaufhörlich um das Haus, lautierte den Kindern auf und hielt sie von der Schule zurück. Mäßig erschien er bei der Frau und hat sie, ihn doch wieder aufzunehmen. Sie ließ sich aber, Unheil ahnend, nicht darauf ein. Mäßig sagte er seine Frau und ließ ihr ein Messer in den Hals. Darauf stürzte er die Treppe hinunter und verschwand. Frau W. ist zum Glück nicht schwer verletzt.

**Durch das Erdbeben in Nordindien** ist, wie aus Lahore gemeldet wird, das Eingeborenenviertel von Dharmsaleh wie vom Erdboden verschwunden. Die gesamte Bevölkerung ist unter den Trümmern begraben; die meisten Häuser im europäischen Viertel sind vollständig zerstört, 9 Personen sind getötet. Die Bevölkerung ist unbeschreiblich, die Menschen schlafen im Freien an den Berg- und Hügelabhängen.

**Bruch des Kehlkopfes.** In seinem Geburtslande hatte in Friedrücksfelde bei Berlin ein Arbeiter Alfred Schulz seinen Arbeitsgenossen in der Fabrik Bier und Schnaps zum besten gegeben. Dabei hatte der Arbeiter Kohlhaas zu viel getrunken, häßliche die anderen und schlug den einen sogar ins Gesicht. Als nachher Schulz auf einer Kuppe beschäftigt war, kam unten Kohlhaas hervor und wollte anscheinend den Sch. am Bein fassen. Dieser ließ nach Kohlhaas mit seinem Fuß, der mit einer Holzspanne besetzt war, und traf ihn am Hals. K. lagte bald darauf über Atemnot und ward nach Pichtenberg zum Arzt geschafft, unter dessen Händen er starb. Nach dem ärztlichen Gutachten war durch den Stoß vor dem Hals der Kehlkopf des Kohlhaas gebrochen und dadurch der Erstickungstod herbeigeführt worden. Schulz ward darauf wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Der Verteidiger machte geltend, daß der Angeklagte nur eine begriffliche Abwehrbewegung gemacht und auch sicher keine Abnung davon gehabt habe, daß der Kehlkopf bei Leuten über 40 Jahren häufig brüchig sei. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

**Ein herzliches Lebenswohl!** Ein gutmütiger Hamburger stand auf der Landungsbrücke und sah sich das Gewimmel der Auswanderer nach Amerika an. Schließlich wurde seine Aufmerksamkeit durch einen Mann gefesselt, der abweislich stand und mit traurigem Gesicht auf die Menge blickte. „Na, was fehlt Ihnen denn?“ sagte der warmherzige Bürger teilnahmsvoll. „Haben Sie Nummer?“ — Der traurige Mann seufzte: „Ich habe in dieser Stadt unter diesen Leuten volle 18 Jahre gewohnt“, stammelte er mit bebender Stimme. „Und nun, da ich weggehe, ist keiner da, der mir das Geld gibt, feiner, der mir die Hand drückt und glückliche Reise wünscht.“ — „Darauf sollten Sie doch nicht so traurig sein“, sagte der Bürger aufmunternd. „Vielleicht wußten Ihre Freunde nichts von Ihrer Abreise. Frisch auf! Kommen Sie mit, wir wollen zusammen ein trinken!“ — Der einsame Mann folgte seinem Tröster nach der anderen Straßenseite und traurig mehrere Trostschüsse hinter die Binde. — „Na, dann adieu, alter Junge“, sagte herzlich der gutmütige Hamburger und schüttelte dem anderen die Hand. — „Nehmen Sie noch ein paar Zigaretten für unterwegs mit. Ich wünsche Ihnen viel Glück zur Reise. Wohin gehen Sie denn übrigens?“ — Der traurige Mann seufzte. „Nach Atlanta.“ sagte er.

